Nr. 164. Halle (Saale), Dienstag, den 16. Juli 1918. 29. Jahrg.

Bezugspreis:
Monatl. 1.— Mk. frei Haus, bei Postbezug ab Postamt monatlich 1.— Mk., vierteljährl. 3.— Mk. Für Zustellung durch Postboten monatlich 14 Pfg., vierteljährl. 42 Pfg. Bestellgeld extra.
Für Kriegsfamilien 50 Pfg. Bezugspreis monatlich.

Erscheinungsweise:
Jeden Werktag, nachmittag.

Verlag u. Buchhandlung:
Halle (Saale), Harz 42-44.
Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags.
Fernsprechanschluß Nr. 1047.
Postscheckkonto:
Leipzig Nr. 1610.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis:
Die sechsgespaltene, 46 mm breite Kolonelzeile kostet 20 Pfg., für außerhalb des Verbreitungsgebiets 25 Pfg. Anzeigen unter Text: für die 42 mm breite Reklamezeile 75 Pfg.
Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbet.

Schriftleitung:
Halle (Saale), Harz 42-44.
Fernsprechanschluß Nr. 1045.
Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.
Geschäftliche Anfragen, Verstellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag bzw. die Nr. 1047.

Der neueste Tagesbericht war bei Beginn des Druckes noch nicht erschienen.

Die russischen Wirren.

Russische Sozialrevolutionäre in Petersburg geschlagen. Zu L. N. M. zufolge haben sich in Petersburg die Truppen der Sozialrevolutionäre einen ganzen Tag lang, den 9. Juli, gehalten, aber am 10. nachmittags die Waffen gestreckt, nachdem die Sowjettruppen mit Panzerautomobilen und schwerem Geschütz das Pagenschulgebäude, wo sich die Sozialrevolutionäre verschanzt hatten, gestürmt hatten. Ein Funkspruch an die Kiewer Bolschewikivertretung meldet, die Bewegung sei vollständig unterdrückt. Der frühere Oberkommandierende der Sowjettruppen, der sich auf die Seite der Sozialrevolutionäre geschlagen hatte, hat nach dem Schicksal der Bewegung Selbstmord verübt.

Zum Attentat in Moskau bringt die russische Presse Kundgebungen verschiedener Arbeiterorganisationen und einzelner Parteimitglieder der Linken Sozialrevolutionäre, die die Handlungsweise der Partei verurteilen. Ebenso wird berichtet, daß ein Teil der Linken Sozialrevolutionäre zu den Bolschewiki, ein Teil zu den Rechten Sozialrevolutionären übergegangen sei.

Prawda veröffentlicht folgende Entschließung des allrussischen Rätekongresses:

„Die Organisatoren und Teilnehmer am Gesandtenmord und den Aufständen haben ihre Stellung als Rätepartei und die amtliche Stellung ihrer Mitglieder mißbraucht. Der Kongreß verlangt strenge Bestrafung der Verbrecher; die Sowjetteile der Linken Sozialrevolutionäre sind solidarisch mit den Verbrechern. Für solche Organisatoren ist kein Platz in den Deputiertenräten. Die Hauptaufgabe der Rätegewalt ist die Erhaltung des Friedens, nur im Falle eines fremden Vormarsches ist es Pflicht aller Arbeiter, Bauern und ehrlichen Bürger das Land gegen die Imperialisten zu verteidigen."

Die Sitzung des allrussischen Sowjetkongresses am 9. Juli wurde von Trotzki mit einem Bericht über die Unterdrückung des Aufstandes der linken Sozialrevolutionäre eröffnet. Er führte aus, daß kein denkender Bauer, Arbeiter und Soldat den Krieg mit Deutschland neu zu beginnen wünscht.

Moskau, 13. Juli. Pressemeldungen zufolge sind Syskran und Buguluß von den Rätetruppen genommen, die auch auf Stawropol vorrücken. — Der Abschnitt Nikolajewsk befindet sich gleichfalls in der Hand der Regierungstruppen. — An der Front Tscheljabinsk und Pelaterinburg wird von Ungünstigkeiten der tschechischen Truppen mit ihren Führern berichtet.

Aus Sibirien wird berichtet, daß sich die Verhandlungen zwischen der sibirischen Regierung und Japan wegen zu schwerer Bedingungen, die Japan für seine Hilfe stellt, hinziehen.

Das Vorgehen der Engländer an der Murmanküste deutet nach Moskauer Blättern daraufhin, daß von dieser Seite ein erster Schlag gegen das revolutionäre Rußland geplant werde. Allgemein sei man der Ansicht, daß man sich am Vorabend eines russisch-britischen Krieges (!) befinde. Die Sowjetregierung treffe alle Vorkehrungen, um vor Ueberraschungen geschützt zu sein.

Aus dem Haag wird gemeldet: Die englische Presse beschäftigt sich in außerordentlichem Umfange mit den Vorgängen in Rußland und in Sibirien. Times bringen die Vorgänge an der Murmanküste in Zusammenhang mit „deutschen Wünschen", sich dort einen eisfreien Hafen zu sichern; nachdem das britische Minenfeld, wie das Blatt sagt, die Helgoländer Bucht und auch die Häfen von Ostende und Zeebrügge zu Vorstößen für die Deutschen schwer verwendbar gemacht habe.

Die Köln Volksztg. meldet aus Chiasso: Die Landung der Ententetruppen an der Murmanküste wird in der italienischen Presse als Einleitung zur Intervention in Rußland begrüßt. Auch Japans und Amerikas Vorgehen werde nun folgen. Der Tortere verlangt ein rasches geordnetes Handeln, da sich Deutschland mit rascher zewohnter Tatkraft gegen die neue Gefahr wenden werde, um sie in ihren Anfängen unschädlich zu machen.

Kleine Kriegsnachrichten.

Schiffsversenkungen. Berlin, 15. Juli. (Amtlich.) Im Sperrgebiet des Mittelmeeres wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote vier Dampfer und ein Segler von insgesamt 17 000 Bruttoregistertonnen versenkt. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Paris in Erwartung einer neuen Offensive. Berlin, 16. Juli. Die Geheimarchive der französischen Republik sollen bereits nach Lyon und Bourges übergeführt worden sein. Der Seinepräfekt soll angeordnet haben, daß Zufluchtsschützengräben an der Peripherie von Paris geschaffen werden.

Ein Teil großer Handelsunternehmungen und Fabrikationsbetriebe in Paris haben sich, der Voss. Ztg. zufolge, entschlossen, ihre Betriebe nach der Mitte Frankreichs oder noch weiter südlich zu verlegen. Auch die Pariser Banken hätten schon Anstalten zum Abransport ihrer Wertdepots getroffen.

Deutsch-englischer Gefangenenaustausch.

Haag, 15. Juli. Holl. Nieuws Bureau meldet von zuständiger Stelle: Die im Haag tagende deutsch-englische Kriegsgefangenen-Konferenz ist gestern durch Unterzeichnung aller Vereinbarungen abgeschlossen worden, die den beiden Regierungen zur Genehmigung vorgelegt werden sollen. Von deutscher Seite ist bei der Unterzeichnung ein die China-Deutschen betreffender Vorbehalt gemacht worden. Die Vereinbarung sieht unter anderem das kürzlich abgeschlossene deutsch-französische Abkommen betreffend die Entlassung der über 18 Monate in Gefangenschaft befindlichen Unteroffiziere und Mannschaften vor, sowie die Heimbeförderung beinahe sämtlicher Zivilpersonen, die den Wunsch danach haben. Auch ist die Entlassung der in den Niederlanden Internierten festgesetzt worden.

Zur Kanzlerrede.

Schien es anfangs, als ob die Erklärungen Hertlings über Belgien etwas mehr Klarheit und Bestimmtheit in dieser schicksalsschweren Frage gebracht hätten, so hat sich das durch die nachträglich erfolgte Kommentierung der Rede als eine völlige Täuschung erwiesen. Von dieser Tatsache werden sich die Regierungssozialisten nur sehr langsam überzeugen lassen; denn sie hatten ja nichts Eiligeres zu tun, als aus den Hertlingschen Aeußerungen einen Erfolg ihrer „Verständigungsfriedenspolitik" herauszudestillieren. Und in diesem heißen Bemühen versuchte dann der Vorwärts, den Reichskanzler auf seine, des Vorwärts, Ausdeutung der Hertlingrede festzulegen und ihn zu bewegen, „sich zugleich entschieden gegen alle Versuche zu verwahren, seine Erklärung durch Interpretation mit den Zielen der Alldeutschen in Uebereinstimmung zu bringen, die auszublasen, bis sie wie ein hohles Ei wird".

Die „Interpretation", die Hertling seiner Erklärung durch Veröffentlichung seiner ersten Rede gab, bewegte sich indes weilab in der vom Vorwärts gewünschten Richtung und weitmehr nach der von den Alldeutschen bestimmten. Das hatten auch einige annektionistische Blätter ganz richtig erkannt. Sollte jedoch darüber noch irgendein Zweifel bestanden haben, so sind sie wohl durch einen Aufsatz der Bayerischen Staatszeitung, die dem Grafen Hertling sehr nahesteht, ein für allemal „gerstreut" worden. Die Bayerische Staatszeitung führt nämlich aus, man dürfe im deutschen Volke, aber auch bei den Regierungen der Entente unbedingt darauf rechnen, daß die deutsche Regierung ihre Bedingungen für die Herausgabe Belgiens unerbittlich durchsetzen, und daß Deutschland das Schwert nicht eher aus der Hand legen werde. Unter diesen Bedingungen werden vor allem aufgeführt die Zurückgabe des Kolonialbesitzes, die unbedingte Aufgabe jedes Krieges, auch des Wirtschaftskrieges nach dem Kriege, und die Schadloshaltung für die völkerrechtswidrigen Maßnahmen, mit denen die Entente während des Krieges unsern Handel unterbinden und unsere wirtschaftliche Stellung in der Welt untergraben hat. Dabei würde Deutschland selbstverständlich handgreifliche Garantien, vor allem auch durch sofortige Lieferung von Rohmaterialien, beanspruchen. Zu den Sicherungen gehört selbstverständlich auch, daß die Fortsetzung der deutscherseits in Belgien eingeschlagenen Politik gewährleistet ist, und daß nicht etwa die Flamen von neuem den früheren Machenschaften der Entente ausgeliefert werden, und zwar werden diese Sicherungen erfolgen müssen nach dem von der Entente aufgestellten Grundsatze des freien Selbstbestimmungsrechtes der Völker.

Nachdem man nun so verschiedentlich eine „Interpretation" der Kanzlerrede erhalten hat, mit der auch der eingefleischteste Alldeutsche einverstanden sein dürfte, ist man im regierungssozialistischen Lager doch ein weniger zurückhaltender geworden mit seinen schönen Hoffnungen. Und wenigstens Stampfer hat inzwischen eingesehen, daß die Wirkung der Kanzlerrede auf das Ausland gleich null sein muß. Es dämmert ihnen auch allmählich, daß auch dieser Rede die Dinge nach wie vor in dem beliebten Halbdunkel gehüllen sind. Am Schlusse eines Artikels seiner Korrespondenz über die belgische Frage kommt ihm nämlich mählich diese Erkenntnis:

„Die Dinge stehen also leider nicht so, daß wir sagen könnten, durch die Kanzlerrede vom 12. Juli über Belgien sei die Lage vollständig geklärt, die deutsche Regierung habe alles getan, um den Frieden herbeizuführen, die Schuld an der Kriegsverlängerung liege ausschließlich bei den Gegnern. Daß die Gegner an der Kriegsverlängerung ein gerüttelt Maß der Schuld tragen; haben wir nie verkannt, und die Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion (alten) zu den Kriegskrediten hat diese Tatsache deutlich unterstrichen. Aber dadurch werden wir nicht der Pflicht enthoben, vor der eigenen Türe zu kehren und offen auszusprechen, daß die deutsche Politik von einer entschlossenen Friedenspolitik, wie sie die Sozialdemokratie will, noch recht weit entfernt ist und daß sie alles, was durch einzelne Erklärungen gut gemacht wird, durch ihr Schwanken und ihre Unklarheit wieder in Frage stellte."

Was natürlich unsere wackeren Abhängigen nicht abhalten wird, dieser Regierungspolitik des „Schwankens" und der „Unklarheit" auch weiterhin „unentwegt" Gefolgschaft zu leisten. Im Grunde ist aber die Politik Hertlings gar nicht so unklar, sondern im Gegenteil ganz klar annektionistisch-alldeutsch orientiert. Es liegt im Wesen der Blockpolitik, daß unsere Regierungssozialisten das nicht sehen wollen. Und der Umstand, daß die Regierung das weiß und der Gefolgschaft der Abhängigen unbedingt sicher ist, dürfte nicht zuletzt mit dazu beigetragen haben, daß die deutsche Politik von einer entschlossenen Friedenspolitik, wie sie die Sozialdemokratie will (!), noch recht weit entfernt ist".

Das Echo aus Wien.

Wie stark der Friedenswille in Oesterreich ist und wie wenig die Arbeiterschaft unseres Nachbarlandes von der reichsdeutschen Politik befriedigt ist, zeigt von neuem ein Aufsatz der Wiener Arbeiterzeitung, der die Verhandlungen zur Kühlmann-Krise bespricht. Einleitend wird gesagt:

„Graf Hertling hat sich herbeigelassen, vor dem Hauptausschuß des Reichstages zu erscheinen und zu versichern, daß sich durch die Entlassung Kühlmanns nichts geändert habe, und die Stimmung hat alsogleich umgeschlagen. Die Erregung ist verschwunden und die Zuversicht, die jeden braven Deutschen befeit, daß es nämlich die hohe Obrigkeit schon am besten verstehen und schaffen werde, ist anscheinend wieder Gemeingut des gesamten Reichstages. „Die Kinder, sie hören es gerne." Zwar gibt der Reichskanzler zu, daß Kühlmann weggeschickt wurde, „da das notwendige Vertrauensverhältnis zwischen ihm und anderen Faktoren nicht bestanden habe," was eine zarte Umschreibung der Tatsache sei, daß seine immerhin auf die Herbeiführung des Friedens bedachte Politik den Generalen im Großen Hauptquartier nicht gepaßt habe; aber deshalb brauche man nicht unruhig oder besorgt zu sein: er, der Graf Hertling, sei da und der neue Mann habe nicht seine eigene Politik zu machen, sondern die des Reichskanzlers, „der die Politik des Deutschen Reiches allein verantwortlich zu führen hat". Anstatt politische Tatsachen vorzuführen, hält der Reichskanzler dem Reichstag eine Vorlesung über die Verfassung des Deutschen Reiches. Nämlich nach der geschriebenen Reichsverfassung gibt es tatsächlich nur einen einzigen verantwortlichen Reichsbeamten, eben den Reichskanzler, und die Staatssekretäre sind verfassungsmäßig nur mit der Stellvertretung des Reichskanzlers, „im Falle der Behinderung desselben", beauftragt. Das mag so gewesen sein, als der Reichskanzler Bismarck hieß; aber daß der Staatssekretär des Aeußern auch heute nur ein Handlanger des Reichskanzlers wäre, nachdem dieser ein Mann von so bescheidenen Gaben ist, wie sie der Graf Hertling darstellt, kann der Reichskanzler nur denen erzählen, die sich beruhigen lassen wollen. Denn wenn es so wäre: warum ist dann Herr v. Kühlmann weggeschickt worden, da doch der Graf Hertling die Politik des Deutschen Reiches „allein führt"? Es schaut gewiß nach einer Ueberzeugung aus, sich den Herrn v. Kühlmann als Vertreter eines festen, scharf umrissenen Kurses vorzustellen; aber das ändert nichts daran, daß seine Entlassung, die Entlassung nach der Rede, die den Generalen deshalb so wenig gefiel, weil sie schmetternden Siegesstraßen entsagte, sondern die Bedingtheiten der militärischen Erfolge ruhig zugab, daß die Entlassung anzeigt, wohin der Kurs geht. Nicht zur Verständigung, sondern zur Fortsetzung des Krieges."

Diese Auffassung wird dann im einzelnen belegt. Die Aeußerungen Hertlings über die Friedensbereitschaft der Mittelmächte erklärt das Wiener Parteiblatt für durchaus unzulänglich:

„Aber betrachten wir die Friedensbereitschaft, die in der Rede des Reichskanzlers als seine Politik auftritt. Will der Reichskanzler etwas für den Frieden tun? Deutet er vielleicht nur an, auf welcher Grundlage Deutschland Frieden schließen will? Mit nichten! Er schiebt die Verpflichtung, sich zum Frieden bereit zu erklären, ganz einfach den Gegnern zu und hält damit seine Aufgabe, die doch, wie jedes verantwortlichen Menschen, heute nur die sein kann, den Frieden vorzubereiten, auf den Frieden hinzuarbeiten, für erledigt! Wozu sich bemühen, er habe doch am 1. August 1917 die Note des Papstes in „friedensbereiter Gesinnung" beantwortet! Als ob es nicht gestattet, als ob es nicht notwendig wäre, wenn man den Frieden will, nach einem Jahre zu den Feinden wieder einmal friedlich zu sprechen! Und nachdem er sich die Aufgabe so leicht gemacht hat, fügt der Reichskanzler hinzu, wenn sich bei den Gegnern ernsthafte Regungen für die Ankahnung eines Friedens zeigen würden, „würden wir uns ganz gewiß nicht von vornherein ablehnend verhalten". Das ist alles, was der deutsche Reichskanzler der aufhorchenden Welt zu sagen hat, und es ist weiß Gott nicht viel. Man ist gewiß bereit, die Schwierigkeiten einer echtschaffenen und zielbewußten Friedenssprache zu würdigen, die heute sich auch erwägen muß, daß der Gegner aus dem Friedensangebot nicht etwa neue Antriebe zur Fortführung des Krieges schöpfe; aber dennoch muß, wer auf den Frieden hinstrebt, mehr Initiative zum Frieden zeigen, als sie aus der Versicherung spricht, der Gegner habe nicht gerade zu befürchten, daß man ihn zurückstoßen werde. Und die militärische Lage der Mittelmächte ist durchaus so, daß sie, ohne befürchten zu müssen, daß ihr Wort als Zeichen der Schwäche gedeutet werden könnte, vom Frieden mutig, offen und zielbewußt reden könnten, daß ihr Wort so geartet sein dürfte, daß es bei den Völkern der Entente Widerhall findet. Bereitschaft zum Frieden ist noch etwas anderes als Bereitschaft zu Friedensverhandlungen; echte Bereitschaft zum Frieden ist erst dann da, wenn der nationale Egoismus zurücktritt vor der ehernen Notwendigkeit, die Menschheit von dem furchtbaren Menschen- und Völkermorden zu erlösen. Von dieser echten Friedensbereitschaft hören wir aus der Rede des Reichskanzlers allzu wenig."

„Die Staatsmänner der Entente versündigen sich an der Menschheit durch ihre Verstocktheit sehr," heißt es dann weiter. „Aber daß sie heute den Krieg fortsetzen aus dem Wunsche, ihrem Vernichtungswillen ungehemmt frönen zu können, und in der Erwartung, daß sie es werden können, ist doch nicht wahr. Auch die Gegner, ob aus freiem Willen oder notgedrungen, nämlich gezwungen durch die militärische Lage, die ihnen die Besiegung der Verbündeten als ausichtslose Utopie erscheinen läßt, streben nach einem ehrenvollen Frieden, wenn sie darunter auch anderes verstehen mögen; und die Möglichkeit, sie durch ein Anerbieten, das wir uns, auch für sie ein ehrenvoller Abschluß sein würde, zur Friedensbereitschaft zu führen, ist keineswegs so ausgeschlossen, als es diejenigen behaupten, die die Verständigung nicht wollen. Ein solches Anerbieten wird nicht vernommen, aber gerade dieses wäre notwendig. Es ist freilich bequemer, die Verstocktheit der Gegner als eine unabänderliche Tatsache hinzustellen und daraus den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191801 6-19/fragment/page=0001

[illegible] daß eben nichts anderes übrig bleibe als das Durchhalten. Der Frieden wird aber weder vom Schwerte kommen, noch vom Himmel fallen; man kommt zu ihm nur, wenn man die ganze Vorstellung von Macht und Gewalt aufgibt und die Ueberzeugung, daß die Beziehungen der Völker und Staaten auf Recht und Gerechtigkeit aufgebaut werden müssen, freudig in sich aufnimmt. Daran fehlt es aber in dem imperialistischen Deutschland sehr."

Wir finden, daß in diesen Sätzen gegen den Imperialismus zugleich auch die stärkste Verurteilung der Scheidemänner und ihrer Bewilligungspolitik liegt. Die Erklärung, die Ebert am Sonnabend im Reichstag vortrug, um die Zustimmung der regierungssozialistischen Fraktion zu den neuen Krediten zu rechtfertigen, war geradezu ein klassisches Beispiel für die inhaltbare, unheilvolle Methode, aus der „Verstocktheit der Gegner den Schluß zu ziehen, daß eben nichts anderes übrig bliebe als das Durchhalten".

•

Die französische Presse zu Hertlings Rede.

Paris, 14. Juli. (Havas.) Die Blätter stellen allgemein fest, daß die Rede des Grafen Hertling kein sensationelles Ereignis darstelle, sondern lediglich beweise, daß die Politik des Reiches unverändert bleibe, und daß vollkommene Uebereinstimmung herrsche zwischen der Regierung, der Obersten Heeresleitung und dem Reichstag, gegen den, wie Petit Journal sagt, Graf Hertling unzweifelhaft die Partie gewonnen habe.

Homme Libre fragt, ob Graf Hertling nicht seine letzte Rede für sich selbst gehalten habe. Es sei offensichtlich, daß Graf Hertlings Tage gezählt seien. Die Rede spiegele unverkennbar das Bedürfnis nach Frieden wieder.

Die Blätter besprechen besonders die Stelle, an der der Kanzler erklärt, er sei bereit, sein Ohr ernsthaften Friedensvorschlägen zu leihen und sie in kleinem Kreise anzuhören. Sie verschern aber sämtlich, die Entente werde nicht in die Falle gehen, in der sie alle ihre Vorteile verlieren würde, und die vor allem bestimmt sei, die Alliierten zu trennen. Der „kleine Kreis", sagt Radical, ist eine veraltete Methode, nachdem alle Völker sich erhoben haben zur Verteidigung des Rechtes. Das Abenteuer Czernin-Bourbon-Marl hat zum Ueberfluß erwiesen, daß die Alliierten den Vorzug haben, über die Einzelheiten des Friedens ohne Rückhalte öffentlich sprechen zu können, und daß sie davon Gebrauch machen.

Humanité und Lanterne sind nicht minder deutlich. Ersterer schreibt: Wenn die Alliierten in Verhandlungen in beschränktem Kreis in geheimer Form eintreten würden, wozu Graf Hertling sie mit Zustimmung Ludendorffs auffordert, so würden sie sich sehr schnell unter dem Druck eines zweiten Brest-Litowsker Vertrages befinden. Ein gerechter und dauerhafter Friede ist etwas ganz anderes. (W. T. B.)

Die englische Presse vergleicht, wie Reuter meldet, die Reden Hertlings und Lloyd Georges und sagt etwa: „Die allgemeine Richtung der Politik Hertlings ist klar, er würde gern die Freiheit des Handelns im Osten erlangen, um seine Macht im Westen auszunutzen. Er vergißt dabei, daß Präsident Wilson und die britischen Arbeiter diesen Plan schon längst durchschaut und rundweg erklärt haben, daß dies ganz unzulässig sei. Sie lehnen es ganz und gar ab, Belgien oder die besetzten Gebiete von Frankreich als Pfänder anzusehen. Lloyd George und Wilson haben der Welt vorher klar mitgeteilt, was wir wollen. Die letzten Reden in Berlin zeigen nur, woran Deutschland sich gern klammern oder was es als Reserve festhalten möchte, je nachdem die Friedensverhandlungen in seine Politik passen oder nicht. Die Blätter schließen damit, zu erklären, daß der Krieg nicht früher aufhören werde, als bis der deutsche Kanzler sage, daß Deutschland bereit sei, für Belgien Schadenvergütung und Sühne zu leisten. (W. T. B.)

•

Amerikanische Kriegshetze in Rußland.

Moskau, 13. Juli. Nowoja Schisn bringt folgende Erklärung des amerikanischen Gesandten am amerikanischen Nationaltag:

„Alle Bundesgenossen halten Rußland noch für einen kämpfenden Staat, den Brester Frieden erkennen sie nicht an, Wilson hat erklärt, er werde Rußland nicht verlassen, d. h. er wolle nicht unbeteiligt zusehen, wie Deutsche das russische Volk ausbeuten und sich die Reichtümer Rußlands aneignen. — Die Stellung Amerikas ist nicht diktiert von Wünschen auf Landeserwerb und Handelsvorteile, auch in innere Angelegenheiten will sich Amerika nicht einmischen, es liegt ihm aber an dem Selbstbestimmungsrecht Rußlands, und dieses soll nicht gezwungen sein, sich der tyrannischen Verwaltung Deutschlands unterzuordnen. Ich rufe das russische Volk zur Mannhaftigkeit auf und zur Organisierung gegen die deutschen Eroberer, ich habe Weisung erhalten, öffentlich zu erklären, daß es die Aufgabe Amerikas ist, alle slawischen Völker von deutscher und österreichischer Herrschaft zu befreien."

Nicht unzutreffend meint der Vorwärts zu dieser Erklärung des amerikanischen Gesandten u. a.: „Sie gibt der Märtyrerzeugung absolute Klarheit über ihr gegenwärtiges und zukünftiges Verhältnis zu Amerika. An die deutsche staatsmännische Kunst ist die Erklärung ein Wink, den Brestfrieden zu kultifizieren (fruchtbar zu gestalten). Das ist sicherlich kein leichtes Werk, aber es ist notwendig."

Ob das eine Regierung, die den „Brestfrieden" schloß, wohl zuwege bringen wird?! Uebrigens scheint uns, daß die Erklärungen des amerikanischen Gesandten letzten Endes doch auch nur zu jenen Folgewirkungen gehören, die man beim Abschluß des „Brestfriedens" so geflissentlich „übersehen" hat. —

Politische Uebersicht.

Deutsche Forderungen in Polen.

Noch schwebt die Schaffung eines polnischen Reichstages in weiter Ferne. Noch liegt kaum die Wahlordnung zum polnischen Reichstag vor, so stellen die deutschen Behörden Forderungen in bezug auf das Wahlrecht der deutschen Wähler in Polen, und lassen im Staatsrat ihre „Bedenken" wegen „Nichtberücksichtigung" der deutschen Wähler in Polen zum Ausdruck bringen. Zu diesen Forderungen macht die Zeitschrift Polen folgende bittere Bemerkungen:

„Es ist nicht das erstemal, daß die deutschen Okkupationsbehörden mit einem besonderen Schutz ihrer Volksgenossen im polnischen Staate auftreten. Wir finden diese Sorge um die eigene nationale Minderheit im fremden Staate ganz natürlich. Aber sie äußert sich jedesmal in einer Weise, gegen die man manches einzuwenden hätte. Vor allem sind fast ausnahmslos die Forderungen der „deutschen Minderheit" über das gewöhnliche Maß anspruchsvoll. Sie verraten den Einfluß einer besonders günstigen Konjunktur, die darin besteht, daß das Königreich Polen gerade deutscher Okkupationsgewalt unterliegt. Zu Zeiten der russischen Herrschaft waren die 600 000 Deutschen im Königreich, wie allgemein bekannt, sehr bescheiden, nicht minder wie in ganz Rußland. Ihr höchster Ehrgeiz war, lojale Staatsbürger des Zarenreiches zu sein. Für einzelne unter ihnen überdies, eine besondere Verwendung im Staatsdienste zu erreichen. Dafür bekamen sie kaum so viel Bürgerrecht, als genug war, um ihren eigenen Glauben beizubehalten, und ihre eigene Sprache nicht zu vergessen. Plötzlich steigen ihre Forderungen ganz gewaltig in die Höhe, da sie hinter sich die deutsche Staatsgewalt auf polnischen Boden fühlen. Es geschah übrigens nicht ganz aus eigenem Bedürfnis. Eine Agitation von außen, von bekannten alldeutsch-hakatistischen Elementen betrieben, von einzelnen hochstehenden Okkupationsbeamten gefördert, zeitigte nur zu oft ganz außergewöhnliche Erscheinungen. Diesen ausländischen Elementen lag es weniger daran, gerechte Erfordernisse des Deutschtums erfüllt zu sehen, als vielmehr den Vorrang, den sie immer und überall als ein angeborenes Recht der deutschen Nation erachten, auch da zu beanspruchen, wo sie nur in einer winzigen Minderheit besteht. Wir erinnern an die anfangs im Königreich zutage getretenen Gelüste, manche der wichtigsten Gebiete des sozialen und kulturellen Lebens nach deutschem Muster und unter deutschem Einfluß einzurichten."

Schließlich stellt die Zeitschrift den deutschen Forderungen die Behandlung der Polen in Deutschland entgegen. Darüber schreibt sie:

„Aber braucht man da wieder einmal zu betonen, daß im Grunde nur derjenige das Recht hat zu fordern, der die gleichen Forderungen anderer ebenso als selbstverständlich erachtet? Es handelt sich nicht um einige Hunderttausend Ansiedler, denen niemand das Recht, Deutsche zu sein und zu bleiben, abstreitet, es handelt sich um vier Millionen, die in ihrem eigenen Lande zusammengeschlossen seit Jahrhunderten wohnen, und denen das Recht abgesprochen wird, sich Polen zu nennen. Ist etwa eine der Forderungen der starken polnischen Minorität im preußischen Staat derart, daß sie phantastisch genannt werden könnte? Oder das sie „ein selbständiger Staat nicht ertragen könnte"? Schulwesen, Religion, Pflege der eigenen Nationalität und Sprache — all diese natürlichen Erfordernisse werden den Polen in Preußen gerade von denselben Faktoren verwehrt, die mit besonderem Eifer an der Selbständigkeit der Lodzer Deutschen arbeiten . . . Man fordert mit Recht für die Deutschen in Polen Vertretung im polnischen Reichstage, aber gleichzeitig sucht man verschiedene Sicherungen, um nur nicht die gleiche Vertretung der Polen im preußischen Landtag zuzulassen. Man versteht und fördert mit allen Mitteln die Rechte der Deutschen überall in der Welt, aber für die nur zu sehr berechtigten, allerersten nationalen Bedürfnisse eines Millionenvolkes hat man bei sich im Staate kein Verständnis."

Das ist bitter aber richtig. Inzwischen aber meldet die alldeutsche Presse in Deutschland schon neue deutsche Forderungen in Polen an. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung schreibt:

„Soll man den Polen unbegrenzte Freiheit in der Aufstellung und Organisation eines eigenen Heeres geben, soll man ihnen die großen Festungen des Landes nach dem allgemeinen Friedensschluß überlassen? Sollen die deutschen Militärbehörden restlos abdanken und keinerlei Einfluß auf Stärke und Zahl der Einheiten, auf Art und Form der Ausbildung, auf die Kommandogewalt auszuüben haben, soll der Oberbefehl bedingungslos in polnischen Händen ruhen? Wir halten das für unmöglich!"

Wenn die deutschen Forderungen in Polen in der Tat alle verwirklicht würden, so würde am Ende die Lage der Polen in Polen selbst keine andere werden, als die Lage der Polen in Deutschland. Und das nennt sich dann die Befreiung Polens!

Agitatoren des Völkerhasses.

Im Tag veröffentlicht der Regierungssozialist Südekum einen Artikel, in dem er gelegentlich der Ermordung des Grafen Mirbach von der „Blutspur der Entente" spricht. Der Weg der Entente, so schreibt er da, sei mit den Blutspuren gemeiner Meuchelmorde gekennzeichnet. Er begnügt sich jedoch nicht damit, diese echt alldeutschen Tiraden gegen die Ententeregierungen zu schleudern, sondern er hat ähnliche Töne auch für die Ententesozialisten. Er kommt von der Ermordung Mirbachs auf die Ermordung Jaurès und schreibt dann:

„Es bleibt eine ewige Schande des französischen Sozialismus, eine durch gar nichts zu beschönigende oder zu entschuldigende Nichtswürdigkeit der Thomas, Sembat, Renaudel und wie sie alle heißen mögen, ihren Herrn und Meister so schmachvoll verraten zu haben. Minister sind sie geworden, Agitatoren des Völkerhasses und des wahnwitzigen Vernichtungskriegs, mit den heuchlerischen Phrasen angelogener Kulturüberlegenheit und idealer Gerechtigkeit haben sie die ganze Welt gegen das hart bedrängte deutsche Volk aufgereizt; aber im eigenen Lande haben sie erst und ureigenste Friedenspflicht — die hier sich zur sittlichen Menschenpflicht weiten mußte — verletzt. Judasse!"

Herr Südekum hat am wenigsten Grund, andere als Judasse zu bezeichnen. Er ist es nicht gewesen, der als einer der ersten in Deutschland die Vergangenheit der deutschen Sozialdemokratie verleugnet hat? Gilt nicht gerade er in Deutschland als der typische Vertreter des sozialdemokratischen Ministerialismus, der nur darauf wartet, daß ihm eine Minister- oder eine Ministerialdirektorstelle angeboten wird? Und sind nicht gerade seine heuchlerisch moralisierenden Ausführungen im Tag das beste Beispiel einer Agitation für den Völkerhaß?

•

Die Um- und Umlerner.

Maximilian Harden galt vor dem Kriege der sozialdemokratischen Presse als Schwadroneur und Hintertreppenpolitiker. Neuerdings ist das anders geworden. Er schreibt zwar immer noch in jenem affektierten Stil drauflos, der ihn gewissermaßen berühmt gemacht hat, aber da er sich zur Richtung der Reichstagsmehrheit durchgemausert hat, drückt ihn der Regierungssozialismus jetzt stürmisch an die brüderliche Brust. Die Münchener Post bringt einen Artikel des Professors Brentano, der die „gesammelten Kriegs- und Friedensaufsätze Hardens als „eine Tat" begrüßt, als eine „glänzende, geistvolle, tapfere Leistung". In der Tat legt sich Harden für die Völkerverständigung eifrig ins Zeug.

Im ersten Kriegsjahre konnte auch er anders. In Nr. 52 seiner Zukunft brachte Harden 1914 einen Artikel Dum-Dum, in dem er forderte, man müsse die sieben Feinde „zerscherben". („Besiegen" war ihm zu wenig.) In Nr. 51 rang er sich folgendes ab: „Jeden Lufthauch, der aus dem Brustschacht klimmt, rüttelt der männische Wunsch, den Erzrumpf des Feindes zu zerstücken, seines Hauptes Dach mit Flammenbitz aufzureißen, seine Polypenarme, als ein Bündel blutiger Fetzen, ins Meer zu streuen." Besonders auf England hatte er es abgesehen. Es galt nach seiner Meinung, den Hals des Maliblitzlers zu erdrosseln". Die Japaner nannte Harden (in Nr. 48) „gelbe Stinkaffen". Usw. usw.

Das große Umlernen ist nicht das schwächste Band, das die Reichstagsmehrheit zusammenhält. Auch Erzberger konnte sich nicht genug tun in Geringschätzung der Feinde. Seitdem sind sie alle ganz kleinlaut geworden.

Ist es wirklich so, daß die Politik den Charakter verdirbt? Ach nein, die Charakterlosigkeit bringt die Politik auf den Hund. Wenn es erst wieder ein freies Wort gibt, wird man ein schwarzes Buch, wahrscheinlich in vielen Bänden, herausgeben müssen, um die Fälle der schmachvollen Entgleisungen der Nachwelt als Warnung zu überliefern.

Oesterreichische Beschwichtigungskonferenzen.

Wien, 15. Juli. Die nächtlichen Konferenzen am Sonnabend im Ministerrate, zu der die Abgeordneten plötzlich geladen wurden, beschäftigen die Oeffentlichkeit in hohem Maße. Es hat sich dabei um zwei Dinge gehandelt: Der Ministerrat hat den zu sich berufenen Abgeordneten mitgeteilt, daß die Ernährungskrisis bedrohlich ist, und er hat gebeten, die Debatten über die Vorgänge an der Südwestfront in einer für die Interessen des Staates und der Monarchie erträglichen Weise zu führen. In den Kreisen, die Seidler nicht gewogen sind, wird gesagt, der Ministerpräsident hätte das auch in öffentlicher Sitzung sagen können und es wäre nicht nötig gewesen, die gesamte Oeffentlichkeit durch die vertraulichen Beipreschungen zu alarmieren. Die Tagung des Parlaments werde erst dann gesichert sein, wenn der Präsident morgen die Sitzung für eröffnet erklärt. Die Wiener Sonn- und Montagszeitung sagt zu der Konferenz, man glaube aus Ton und Inhalt der kurzen Erklärung lesen zu dürfen, daß der Ministerpräsident es als äußerst rattsam und dringlich erachtet hat, unmittelbar nach seiner Audienz beim Kaiser zu verkünden, daß die Parteien für die morgige Obmännerkonferenz keinerlei Beschlüsse vorbereiten oder gar fassen, ohne sich vorher über die maßgebende Meinung, die sich an gewissen hohen Stellen infolge ihrer genauen Kenntnis der militärischen und außerpolitischen Situation ergeben, informiert zu haben. Der Radikalsozialist hat es für ratsam erachtet, diese Informationen ohne jedlichen Zeitverlust zu erteilen, um eine Ueberrellung gewisser Parteibeschlüsse zu verhindern.

Kleine politische Nachrichten.

Ueber das Bündnis mit Deutschland sagte Außenminister Burian u. a.: „Die ins Gemeinbewußtsein gedrungenen Erfahrungen aus langer Bündniszeit veranlassen uns zu einem Ausbau des Bündnisses streng im Geiste des alten Vertrages im Einklang mit den Wünschen der überwiegenden Masse ihrer Völker in befriedigender Lösung aller aus dem Kriege entstandenen Fragen. Der neue Bündnisvertrag soll die vielfachen wirtschaftlichen, militärischen und sonstigen Beziehungen dem geänderten Verhältnissen anpassen, sowie die mit dem Wiederaufbauplan zusammenhängenden Fragen. Das Bündnis soll auch künftighin gegen niemanden eine Bedrohung sein oder eine Unfreundlichkeit bedeuten."

Mit dem Falle Lichnowsky hat sich das preußische Herrenhaus am Freitag in einer geheimen Sitzung beschäftigt. Ueber das Ergebnis wird offiziell nichts mitgeteilt, einige Blätter behaupten, man wolle den Fürsten auf drei Jahre aus dem Herrenhause ausschließen. Der Beschluß muß erst dem preußischen König zur Genehmigung vorgelegt werden.

Aus der Partei.

Sozialdemokratische Kriegsliteratur.

In den Düsseldorfer Nachrichten veröffentlicht Dr. Hashagen, ein alldeutscher Professor an der Universität Bonn, einen Aufsatz über sozialdemokratische Kriegsliteratur. Er glaubt die „oft recht schwerfälligen bürgerlichen Kreise" schon aus dem Grunde auf diese Literatur hinweisen zu müssen, weil sie „in die heute voneinander bereits außerordentlich weit abweichenden Richtungen der einstmals geschlossenen Partei einen trefflichen Einblick gewährt".

Es versteht sich, daß der alldeutsche Kathedermann von den publizistischen Leistungen auf unabhängiger Seite nicht viel hält. Sie machen ihm einen zu „unerfreulich friedensmäßigen Eindruck". Das gilt sowohl von dem „alten Kautsky" wie von dem „noch älteren Eduard Bernstein. An der Schrift Kautskys über Belgien und Serbien hat er insbesondere zu tadeln, daß sie „von den Wolken des Pazifismus beschattet" ist.

Besser gefallen ihm schon Leistungen von Heine und David. Als die „bemerkenswertesten Gruppen" erscheinen ihm Lensch, Hänisch und Schippel. Er sieht in ihnen „Sozialdemokraten mit tieferem Verständnis nicht nur für äußere Politik, sondern auch für Machtpolitik und Imperialismus". Und er findet es besonders interessant, daß „das Verständnis für machtpolitische Notwendigkeiten bei diesen imperialistisch angehauchten Sozialisten so weit geht, daß es den bürgerlichen Demokraten bereits auf die Nerven fällt".

Allerdings eine recht „bemerkenswerte Gruppe von Sozialdemokraten", deren imperialistischer Eifer sogar schon auf bürgerlicher Seite Kopfschütteln hervorruft.

Der Sozialdemokratische Zentral-Wahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, Mitglied der U. S. P., hielt am Sonntag, 7. Juli, in Britz seine ordentliche Kreis-Generalversammlung ab. Sie war von 83 Delegierten aus 28 Orten, 12 Kreisfunktionären und dem Abgeordneten des Kreises, Genossen Zubeil, besucht. Das Zentralkomitee war durch den Genossen Däumig, der Zentralvorstand Groß-Berlin durch den Genossen Herbst vertreten. Von den im Kreise wohnenden Reichs- und Landtagsabgeordneten war Genosse Bernstein zugegen. Genosse Zirkel als Kreisvorsitzender eröffnete die Versammlung mit einer kurzen Ansprache, in welcher er darauf hinwies, daß das abgelaufene Geschäftsjahr das erste volle Jahr nach der im August 1916 vollzogenen Trennung sei.

Den Geschäftsbericht erstattete Genosse Lachmund. Er gedachte der im Laufe des Jahres gefallenen und verstorbenen Mitglieder. Die ganze Bewegung leidet unter dem Mangel einer täglichen Presse, darum muß die mündliche Agitation um so eifriger betrieben werden. Auf Grund der eingelaufenen Fragebogen, von denen allerdings wiederum etliche Orte fehlen, haben wir einen Mitgliederbestand von 5885 (4017 Männer und 1868 Frauen) gegen 8828 im Vorjahre zu verzeichnen. Neu aufgenommen und überwiesen 430 und 122 Mitglieder, so daß ein Verlust von 2191 Mitgliedern zu buchen ist, der aber nach den Berichten zum großen Teil auf die vielen Einberufungen zurückzuführen ist.

Den Kassenbericht gab Genosse Freigang. An Beiträgen wurden eingenommen 12 242,54 Mk., sonstige Einnahmen 10 090,15 Mk., dem steht eine Ausgabe von 22 047,22 Mk. gegenüber, so daß ein Defizit von 285,16 Mk. bleibt. Freigang detaillierte den vorliegenden Kassenbericht und empfahl einen Vorschlag des Kreisvorstandes dahingehend, daß eine Extramarke von 40 Pf. für männliche und 20 Pf. für weibliche Mitglieder pro Quartal geklebt werden soll.

Ein Antrag Friedenau: „Reichstagsabgeordnete der sozialdemokratischen Partei, welche zur Unabhängigen Partei übertreten wollen, haben ihr Mandat niederzulegen und als Mitglied beizutreten," soll auf einer demnächst stattfindenden Fortsetzung der Generalversammlung zur Verhandlung gelangen.

Ums tägliche Brot.

Ohne Höchstpreise.

Unter der Ueberschrift Oesterreichische Lehren wird dem Vorw. geschrieben:

Wie sich die Verhältnisse auf dem Gemüse- und Obstmarkt entwickeln müssen, wenn behördlich festgesetzte Höchstpreise fehlen, das zeigt ein Blick auf Oesterreich. Oesterreich ist in hervorragendem Maße Ueberschußgebiet für Gemüse und Obst. Nach Ablauf der zweiten und vierten Wochen dieses Jahres hatte so gut wie niemand in Wien Gemüse oder Kirschen gegessen, während in normalen Zeiten Wien von den ersten Junitagen an fröhlich mit Gemüse aller Art, mit Kirschen und Beerenobst aus Böhmen, Mähren, Tirol und Steiermark überschüttet wurde. Allerdings: In einer Anzahl von Feinkostgeschäften in Wien waren Kirschen zu 6 bis 8 Kronen, Wald- und Annanas-Erdbeeren zu 7 bis 10 Kronen das Pfund, Gemüse zu ähnlichen Preisen zu haben". Höchstpreise waren nicht festgesetzt. Die im Parlament und in der Presse zum Ausdruck gelangende öffentliche Meinung hatte erreicht, daß die Behörde in diesem Jahr auf Höchstpreise für Frühgemüse und für Frühobst verzichtete, damit die Freiheit des Handels nicht beeinträchtigt werde. Daß der Anblick des unsinnig teuren Obstes, das nur „für die Reichen" bestimmt sei, nicht gerade besänftigend auf die Gemüter der städtischen Bevölkerung wirken mußte, bedarf keiner Begründung. Lange brauchte sich die ärmere Bevölkerung allerdings über den Anblick des teuren Obstes nicht zu ärgern, denn schon nach wenigen Tagen verschwand überhaupt fast jedes Gemüse und Obst. Sämtliche Märkte sowie sämtliche öffentlichen Läden aller großen und größten Städte Oesterreichs wurden von Gemüse und Obst so gut wie völlig entblößt. Denn in dem beim Fehlen von Höchstpreisen rücksichtslos entbrannten Wettkampf aller gegen alle siegten die kapitalkräftigsten Großverbraucher, vorwiegend die kriegsgewinnlerischen Unternehmungen, die sich nun, koste es was es wolle, den größten Teil der Gemüse- und Obsternte zu sichern verstanden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180716-19/fragment/page=0002

Jetzt kam der Unwille der großstädtischen Bevölkerung in der gesamten Presse zum Ausdruck. In zahlreichen Artikeln mit Ueberschriften wie „Völliges Versagen des freien Handels!", „Erhöhte Preise, aber keine Ware", „Freier Gemüse- und Obsthandel und Wucherpreise" forderten einmütig die Zeitungen Abhilfe. Die bürgerliche „Zeit" wies wiederholt auf die staatliche Gemüse- und Obstbewirtschaftung in Deutschland hin. Die Arbeiterzeitung, das Neue Wiener Abendblatt, das 8-Uhr-Abendblatt, die Reichspost hauen in die gleiche Kerbe. Der freie Handel hat völlig versagt, so klingt es aus allen Pressestimmen. Gegenüber dem stürmisch von Blättern aller Richtungen und Vertretern aller Parteien geäußerten Verlangen nach Aufhebung der Freiheit des Handels sah sich nun die oberste Behörde, der Minister für Volksernährung in Wien, veranlaßt, schleunigst Höchstpreise für Kopfkohl, Birnen, Pflaumen und Zwetschen festzusetzen und die Zwangsbewirtschaftung dieser drei Obstgattungen sowie des Herbstgemüses zu versprechen, damit sich nicht bei der Herbstversorgung die jetzt allzugroß getretenen Mißstände mit ihren unabsehbaren Folgen, wie sonst zu besürchten stand, wiederholen könnten. Die drei Verordnungen über Höchstpreise für Herbstobst sind inzwischen am 3. Juli erlassen worden und treten Mitte des Monats in Kraft. Eine nachträgliche Regelung des Verkehrs mit Frühgemüse und Frühobst war nicht mehr möglich. Es hatten sich bereits solche Verhältnisse herausgebildet, daß durch die Festsetzung von angemessenen Höchstpreisen in den völligen Zusammenbruch des gesamten österreichischen Gemüse- und Obstmarktes noch andere Wirtschaftskreise hineingezogen worden wären.

Den Vorkämpfern für die „Aufhebung der Höchstpreise" und denen, die das Schlagwort von den „Höchstpreisen als der Quelle allen Uebels in unserem Ernährungssystem" nachzusprechen pflegen, mögen die Vorgänge in Oesterreich, die sich gleichartigen in Belgien, in Ungarn, in Polen, in der Türkei und letzthin in der Ukraine festgestellten Erscheinungen anreihen, zur Warnung dienen.

Die Angestellten und die Kleiderabgabe.

Der Ausschuß der vereinigten Angestelltenverbände, der die Gesamtheit aller technischen und kaufmännischen sowie der in Banken und Bureaus beschäftigten organisierten Angestellten darstellt und dem die sämtlichen Verbände der Angestellten angeschlossen sind, hat eine dringliche Eingabe an die Reichsbekleidungsstelle eingereicht, der wir nach dem B. T. die folgenden Forderungen entnehmen:

1. Wenn eine Beschlagnahme der Kleider erfolgt, dann ist diese von einer bestimmten Einkommensgrenze abhängig zu machen. Alle Angestellten, deren Einkommen im Jahre 1914 weniger als 5000 Mk. betragen hat, sind von der Beschlagnahme zu befreien.
2. Bei der Verteilung der durch Sammlung oder Beschlagnahme zusammengekommenen Bestände sind nicht nur die Handwerker, sondern auch Angestellte, deren jetziges Einkommen weniger als 5000 Mk. beträgt, zu berücksichtigen.
3. Alle Angestellten, deren Friedenseinkommen weniger als 5000 Mk. betragen hat, sind von einer Bestandsaufnahme grundsätzlich zu befreien.

Es wird ferner in der Eingabe auf die Bestände der Militärbehörden hingewiesen, die in stärkerem Maße herangezogen werden können. Die fünften und sechsten Garnituren, die teilweise noch die Kammern der Militärbehörden füllen, würden für Arbeitsanzüge in Fabriken sehr gute Dienste leisten. Endlich wird noch der Wunsch ausgesprochen, daß zu etwaigen Beratungen, die in so starkem Maße in das Interesse der Angestellten hineingreifen, auch die Angestellten hinzugezogen werden müßten.

Aus der Provinz.

Schattenseiten in der Kleinviehhaltung.

Man schreibt uns aus Eilenburg: Infolge des ständig steigenden Mangels an Fleisch, Milch, Butter und allen andern tierischen Fetten, hat die Kleinviehhaltung einen kaum geahnten Umfang angenommen. Sie wird heute vielfach ohne das geringste Verständnis von Viehzucht und unter Verhältnissen betrieben, deren Unzulänglichkeit geradeheraus als Tierquälerei bezeichnet werden muß. Diese Rücksichtslosigkeit bezüglich der notwendigen Pflege des Kleinviehes — Schafe, Ziegen, Kaninchen und Geflügel — gilt in gleicher Weise für die räumliche Unterbringung wie auch für die genügende Futterversorgung. Soweit Stallungen überhaupt vorhanden sind, werden diese in den meisten Fällen, namentlich mit Kaninchen, viel zu dicht bevölkert. Abgesehen von ihrer häufigen Unterbringung in Höfen und Gärten, auf Balkonen und Veranden, findet man diese Nager jetzt auch schon auf Oberböden in venetianischer Bleidachhütte und in modrigen, burgverließartigen Kellerlöchern untergebracht. Eine solche Mißhandlung durch so unzuträgliche Unterbringung, dazu eine qualitativ vielfach nur halbwegs ausreichende Futterversorgung — denn diese erstreckt sich fast durchweg doch nur auf Kartoffelschalen und andere gänzlich minderwertige Küchenabfälle — verursachen denn auch ein erschreckend großes Viehsterben, das für den Betreffenen infolge der durch die gesteigerte Nachfrage enorm in die Höhe getriebene Preise immer eine fühlbare materielle Schädigung bedeutet. Was an Geflügelküken aller Art und an Ziegenlämmern zugrunde gegangen ist, und welche Dezimierung andauernd in den Kaninchenbeständen sich ergibt, darf wohl als erhebliche Schädigung einer rationellen Wirtschaftsweise angesehen werden. Erhärtet wird dieser Vorwurf noch durch die Preisgestaltung im Kleinviehvertrieb: sind doch für acht bis vierzehn Tage alte Gänschen bis zu 18 Mk., und für drei bis vier Wochen alte Ziegenlämmer bis zu 30 Mk. bezahlt worden. Auf demselben Niveau halten sich auch die Forderungen für Schafe und Kaninchen, für die ein Schlachtgewichtspreis von 4 Mk. und darüber für das Pfund verlangt wird. Der Preis für eine sog. „Kleine-Leute-Kuh", eine Milchziege, schwankt jetzt zwischen 200 bis 300 Mark, für welchen Betrag man nicht lange vor dem Kriege ein Rind durchschnittlicher Qualität haben konnte.

Diese Verhältnisse bewirken aber weiter ganz unhaltbare Zustände auf dem Futtermittelmarkte, namentlich in der Heu-Beschaffung. Die gesteigerte Verwertung dieses Dürr- und Dauerfutters hat allenthalben bei den öffentlichen Wiesen- und Grasnutzungsverpachtungen in geradezu fabelhaften Ueberbietungen ihren Ausdruck gefunden. Daß mehr als einen Morgen fassende Pläne gegen das Vorjahr mit dem vier- bis fünffachen Pachtpreise erworben werden mußten, war die Norm. Kleinere Nutzungen brachten sogar Steigerungen auf das Acht-, Zehn-, Fünfzehnfache, obwohl vom Auktionator eindringlich vor diesen Treibereien gewarnt und auf die geringen Nutzungserträge hingewiesen wurde.

Soweit nur die Selbstschädigung dieser Treibereien in Betracht käme, brauchte darüber kein Wort verloren zu werden. Hinzu kommt aber, daß die private Spekulation diese Verhältnisse weidlich auszunutzen weiß und trotz der unter normalen Zuständen abgeschlossenen Pachtbedingungen jetzt schon Preise bis zu 36 Mk. für den Zentner Heu gefordert werden. Welche Belastung dies für Wirtschaften aller Art bedeutet, die auf Ausnutzung der Pferdekraft angewiesen sind, ist leicht zu ermessen, wenn man den früheren Preis von durchschnittlich 3.50 Mk. für den Zentner den jetzigen Forderungen gegenüber hält. Eine weitere Uebervorteilung liegt darin, daß die Wirtschaftsbesitzer den jetzt notgedrungenerweise zu solchen Phantasiepreisen angekauften Heu einen bestimmten Prozentsatz an die Heeresverwaltung zu 8 Mk. für den Zentner abzugeben gezwungen werden.

Mit Palliativmitteln, wie bezirksweisen Ausfuhrverboten, Bestrafung von Höchstpreisüberschreitungen und was dergleichen verschiedentlich noch vorgeschlagen sein mag, ist hier nicht zu helfen; das Durchbringen des Viehes wird noch, wie auch das Durchhalten der Menschen mit jedem Tage, den der Krieg länger dauert, immer stärker erschwert.

Der Halberstädter Schieberprozeß.

Zwei Tage lang verhandelte die Strafkammer in Halberstadt in einem umfangreichen Schieberprozeß. Hauptangeklagter war ein Lehramtskandidat namens Bauch aus Homburg, der in der Halberstädter Gegend mit Hilfe von Mittelspersonen eine Unmenge Waren, besonders für die Rheingegend, aufgekauft und die Höchstpreise überschritten hat. Im Januar ist ein ganzer Güterwagen, der verschoben werden sollte, beschlagnahmt worden. In der Sache sind mehrere Einkäufer eines Kriegsbetriebes und der frühere Geschäftsführer der Brotkommission des Landkreises vernommen worden. Der amtliche Tatsachenspediteur Neuhaus wurde schon seinerzeit auf Grund dieser Vorkommnisse seiner amtlichen Stellung enthoben.

Das Urteil lautet: Bauch wurde zu einem Jahr einen Monat Gefängnis, vier Wochen Haft und 50 000 Mk. Geldstrafe, Matthes von den Flugzeugwerken zu 5000 Mk. Albrecht von der Brotkommission des Landkreises zu 10 000 Mk., Voigt vom städt. Kartoffelkommissionär zu 750 Mk., amtlicher Bahnspediteur Neuhaus zu 25 000 Mk., Mühlenbesitzer Kahmann zu 2000 Mark, Brauereibesitzer Hinke-Hessen zu 750 Mk. und eine Reihe weiterer Angeklagten zu Geldstrafen bis zu 20 Mk. herunter verurteilt.

Ein weiterer Prozeß, der nicht weniger als zwölf angesehene Leute aus dem Landkreise Halberstadt betrifft, die die verschobenen Hülsenfrüchte und das Getreide geliefert haben, folgt demnächst.

Merseburg. Die Butterration beträgt in dieser Woche 10 Gramm auf jede Kreisfettmarke, 50 Gramm auf jede Zusatzfettmarke.

Querfurt. Kartoffelerzeuger dürfen von jetzt ab pro Kopf und Tag ein Pfund verbrauchen.

Körbisdorf. Ihren Reingewinn von 341 028,46 Mk. wird die Zuckerfabrik Körbisdorf folgendermaßen verteilen: Ueberweisung an Reservefonds 25 264,55 Mk., Rückstellung für Talonsteuer 2700 Mk., Tantieme für den Vorstand 16 680,24 Mk., 4 Proz. Dividende 108 000 Mk., Tantieme für den Aufsichtsrat 20 082,61 Mk., 2 Proz. Superdividende 162 000 Mk. und den Rest von 5985,01 Mk. auf neue Rechnung vorzutragen. Es werden also insgesamt 10 Prozent Dividende gezahlt.

Schkeuditz. Zur beschleunigten Anfuhr von Naßpreßsteinen von den Gruben fordert der Magistrat auf im Hinblick auf die Möglichkeit des Knappwerdens von Feuerungsmaterial zur Zeit des Kälterwerdens. Scheine zum Bezug der Preßsteine werden im Einwohnermeldeamt ausgefertigt.

— Zwirnbezug. Diejenigen Haushaltungen bzw. Einzelpersonen, welche Leinennähzwirn angemeldet haben, können denselben vom 15. d. M. an bei der Firma C. Leopold hier käuflich erwerben. Der Ausweisschein ist vorzulegen.

— Graupen und Marmelade gelangen demnächst zur Ausgabe. Abzugeben sind bis Mittwoch mittag 12 Uhr für Graupen Abschnitt 19 A, für Marmelade 20 A. Sauglinge und Kleinkinder bis zu einem Jahr erhalten die doppelte Menge Graupen als die übrigen Einwohner, jedoch müssen diese Lebensmittelkartenabschnitte vorher im Einwohnermeldeamt zur Abstempelung vorgelegt werden.

Eisleben. Preßsteinbezug. Es wird bekannt gemacht: Es ist unter den jetzigen Verhältnissen noch immer unsicher, ob mit der Bahn die dem Stadtkreis in Aussicht gestellten Preßsteine auch geliefert werden können. Die Haushaltungen, welche Preßsteine beantragt haben, werden daher ersucht, sich an den Bezug derselben mittels Autos zu beteiligen und sich hierzu umgehend in der Heizmittelstelle, Sangerhäuser Straße 26, zu melden.

Klostermansfeld. Spitzbuben haben aus dem Keller des Friseurs Ritter 25 Pfd. Mus, einen Topf Pökelfleisch, Blutwurst, einen Topf Fett, ein Quantum Butter und ein Brot entwendet.

Hettstedt. Die Gemeindesteuerliste für das Steuerjahr 1918 liegt vom 16. bis 29. d. M. öffentlich aus und kann eingesehen werden.

— Lebensmittelverteilung. Bei sämtlichen Kaufleuten kommt Dienstag, den 16. d. M., Butter, Mittwoch, den 17., Kompottfrüchte, als Birnen, Kirschen, Apfelmus, Donnerstag, den 18., Suppenwürfel zur Ausgabe.

Sangerhausen. Der Preis des Essens aus der Volksküche beträgt seit 15. d. M. 30 Pf. pro Liter.

Delitzsch. Kaffee-Ersatzmittel kommen zur Ausgabe ab 18. Juli. Auf Abschnitt 72 je ½ Pfund. Es gibt Paketware und lose Ware, wie sie vorrätig ist, muß sie abgenommen werden. Verkauf von Limburger Käse am Mittwoch. Auf Abschnitt 97 je 70 Gramm an Nr. 2241 - 3050 bei Hermann, Müller (Kohltor), Schmidt, Saul, Zeising, Hofmann und Fleischer. Der Magistrat hält den Kartoffelverkaufspreis von 20 Pf. noch immer aufrecht, trotzdem der Erzeugerhöchstpreis demnächst nur noch 9 Pf. betragen wird. Will er wegen Höchstpreisüberschreitung angezeigt werden?!

Eilenburg. Kartoffelbezug. Auf Bezugschein 96 gibt es drei Pfund Frühkartoffeln pro Kopf zu 15 Pf. das Pfund. Der Magistrat bemerkt dazu: Die Händler sind verpflichtet, das volle Nettogewicht zu liefern. Da uns verschiedene Fälle bekannt geworden sind, daß die Händler die Behälter als Nettogewicht mitgerechnet haben, empfehlen wir den Verbrauchern Gewichtsnachprüfungen und gegebenenfalls Anzeige, damit gegen die betreffenden Händler vorgegangen werden kann.

Dommitzsch. Aus dem Stadtparlament. Die Kassenrevisionsprotokolle vom 30. Mai und 29. Juni lagen vor und wurden zur Kenntnis genommen. Irgendwelche Irrtümer waren nicht zu verzeichnen. Aus dem Monatsbericht des Stadtförsters ist zu entnehmen, daß im Monat Mai 7 Männer beschäftigt waren zu einem Tagelohn von 4 Mk. Von den Eltern eines hier in Dommitzsch angestürzten Fliegers war ein Dankschreiben eingegangen und zu gleicher Zeit 100 Mk. Diese sollen den Kriegerwaisen und Kriegsverletzten zugute kommen. Sie wurden vorläufig bei der Sparkasse angelegt. Von der Erneuerung der Bürgerliste wurde Abstand genommen; sie gilt also auf ein weiteres Jahr. Herr Max Taubert hat 40 Quadratmeter Gartenland an die Stadt abgetreten zur Verbreiterung der Straße; der Preis pro Quadratmeter beträgt 3 Mk. Bürgermeister Klatte wurde auf weitere 12 Jahre gewählt. Aus der Mitte der Versammlung wurde er gefragt, warum er sich nach Sangerhausen gemeldet hätte. Bürgermeister Klatte erklärte, daß es gar nicht seine Absicht sei, von Dommitzsch wegzugehen. Er, wenn er nicht gewählt würde, hätte er gleich eine andere Stelle gehabt. Stand es denn wirklich so schlimm? Weiter erklärte Bürgermeister Klatte, wenn das gleiche und geheime Wahlrecht käme, müßte er nicht, ob er sich noch in den Mauern von Dommitzsch wohl fühle und ob er dann wiedergewählt würde, sei fraglich, und darum hätte er sich um eine andere Stelle beworben. Haben diese Herren eine Angst vor dem gleichen Wahlrecht! Zur Prüfung der Stadtkassenrechnung wird die Finanzkommission berufen. Genosse Bänisch übte scharfe Kritik an der Lebensmittelversorgung und -verteilung an unsere Einwohnerschaft. Er weiß nach, daß in Orten des Kreises Torgau drei bis viermal mehr Lebensmittel verteilt worden sind. Wenn so verschiedene Herrn, welche die Lebensmittelverteilung unter sich haben, mal sehen würden, wie unsere Arbeiterschaft in den Fabriken entbehren muß, würden sie wohl ein anderes Bild bekommen. Früh gibt's Kaffee ohne Brot, zum Frühstück nichts, mittags ein paar Kartoffeln, zum Vesper nichts und zum Abendbrot eine Kartoffelsuppe, natürlich ohne Zutaten, und dabei 10 Stunden arbeiten. Es sei aber sehr wichtig, daß die Arbeiterschaft bei Kräften bleibt. Der Kreis Torgau steht mit der Lebensmittelversorgung an dritter Stelle und Dommitzsch jedenfalls an sechster. Bänisch frug, wie lange Dommitzsch noch ausgeschaltet werden soll mit der Lebensmittelzuweisung. Auch das Anstellen bei Käsehändlern machte unser Vertreter zum Gegenstand der Beschwerde. Denn erst beim letztenmal Anstellen sei es vorgekommen, daß Leute bis 6 Stück (jedes Stück davon kostet 2 bis 3 Mk.) bekommen haben, wohingegen andere, welche 2 bis 3 Stunden gestanden haben, nichts bekamen. Das sei keine gerechte Verteilung. Auch habe sich bei der letzten Käseanstellung ein vorbestrafter Schleichhändler mit seiner Frau und seinen Schiebern wieder eingefunden; die Polizeiverwaltung sei in Kenntnis gesetzt worden. Von einer Erhöhung des Gaspreises wurde Abstand genommen, bis die Angelegenheit mit der Thüringer Gas- und Elektrizitätsgesellschaft geregelt ist. Ein Vertrag mit dieser Gesellschaft soll bei den Stadtverordneten zirkulieren. Der Landrat hat angeordnet, daß von jetzt an nur noch 5000 Liter Magermilch pro Monat verteilt werden sollen, das macht pro Tag 180 Liter und auf den Kopf nicht ganz ¼ Liter. Diese Kürzung bedeutet wieder eine Verschlechterung unserer ohnehin mangelhaften Lebensmittelversorgung.

Elsterwerda. Ein Zugzusammenstoß ereignete sich in der Nacht zum Sonntag auf dem Berlin-Dresdener Bahnhofe. Ein Leerzug hatte sich verspätet; als er gerade ausfuhr, wollte auf demselben Gleis ein Güterzug herein und fuhr auf den Schlußwagen des Leerzuges auf. Einige Wagen wurden zertrümmert. Der Bremser konnte sich durch Abspringen retten. Es entstand eine kurze Betriebsstörung durch den Unfall.

Wittenberg. Abgabe von Kaffee-Ersatz. Auf die Markenkarten des Kreises für Versorgungsberechtigte H. V 11 und N. V. 10 wird einmalig je ein Viertel Pfund Kaffee-Ersatz abgegeben.

Pirsterlis. Arbeiter, sei deiner Pflicht eingedenk und lest die Arbeiterpresse. Leid muß es einem aufgeklärten Arbeiter tun, wenn er sieht, wie gedankenlos die bürgerlichen Blätter gekauft werden. Sind es doch die kapitalistischen Organe, die kein Wort dagegen sagen, wenn man uns in Rechtlosigkeit halten will, und die sich noch an der Herabsetzung der Arbeiter beteiligen dadurch, daß sie die Märchen von den „schlemmenden Arbeitern" und ähnlichen Unsinn weiter verbreiten. Deshalb, Arbeiter und Parteigenossen, lest die Presse, welche eure Interessen vertritt und den Kampf gegen jede Unterdrückung führt. In unserem Bezirk das Volksblatt.

Reinsdorf. Zum Schöffen gewählt und bestätigt wurde der Landwirt Hermann Leupold.

Allerlei.

Ein glänzendes Angebot für Kriegsbeschädigte.

Der Magistrat von Barten (Ostpr.) erläßt, wie wir im Vorwärts lesen, folgende Bekanntmachung:

„Die hiesige Nachtwächterstelle ist von sofort zu besetzen. Inhaber hat nebenbei die Reinigung der Straßen und Abfuhrkanäle auszuführen und bei der Klosettenabfuhr mitzuhelfen, außerdem wird beabsichtigt, ihm die Funktionen des Schuldieners und eventl. auch des Totengräbers zu übertragen. Als Gehalt sind vorläufig jährlich 900 Mk., außerdem freie Wohnung, in Aussicht genommen. Die Stelle ist nicht pensionsberechtigt. Geeignete Bewerber, insbesondere Kriegsbeschädigte, wollen sich umgehend schriftlich bei uns melden."

Der Mann muß also Nachtwächter, Straßenkehrer, Klosettenräumer, Schuldiener und Totengräber zugleich sein, alles für 75 Mk. den Monat oder 2.50 Mk. für den Tag. Die Stelle ist gar nicht so schlecht, wie man meint. Denn wenn es der glückliche Bewerber auf ihr auch nur drei Monate aushält, ohne zu verhungern, kann er sich ja für Geld sehen lassen.

Keine Eier, keine Reklamation.

Die Welt am Montag meldet: Aus Hinterpommern wird uns nachstehende eidesstattliche Erklärung eingesandt:

Endesunterzeichnete erklärt hiermit folgendes:

Vor einiger Zeit hat ich den Rentamtssekretär Jaschob, eine Reklamation für meinen Mann aufstellen zu wollen. Herr Jaschob verlangte dafür 40 Eier. Da ich die 40 Eier nicht beschaffen konnte, wurde mir die Reklamation verweigert.

Schmolsin, den 21. Juni 1918.

Frau Anna Klück.

Wie man der W. a. M. dazu aus Stolp schreibt, ist der Rentamtssekretär Jaschob auf der kgl. Oberförsterei Schmolsin angestellt, die die Amtsgeschäfte für die Gemeinde Schmolsin führt. Frau Klück ist die Mutter von fünf Kindern, die ihren eingezogenen Mann zu landwirtschaftlichen Arbeiten reklamieren wollte.

Die gestörte Butterlieferung für das „Herrenhaus". Dem Hamburger Echo schreibt man von glaubwürdiger Seite: Eine unangenehme Störung in der Belieferung von feinster frischer Molkereibutter für das „Herrenhaus" des Bergedorfer Eisenwerkes ist bei Nichtinnehaltung der sonst üblichen strengen Obacht eingetreten. Ein Arbeiter schickte sich an, eine von der „Montage" heimkehrende Bahnkiste ihres Inhaltes, vermutlich Montagewerkzeug (!!), zu entleeren. Das Montagewerkzeug aus Eisen muß sich „unterwegs" in fettiges Verdauungswerkzeug umgewandelt haben, denn zu seinem größten Erstaunen kamen ihm 50 Pfund Molkereibutter in die Hände. Auf eine Anzeige hin wurde die Butter beschlagnahmt.

Wegen Brotmarkenfälschung sind in Hannover bis jetzt insgesamt 46 Personen verhaftet worden, jedoch dürfte diese Zahl noch größer werden, da weitere Verhaftungen bevorstehen. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, den Chemigraphen, der die Brotmarken in ziemlich geschickter Weise nachmachte, zu verhaften, und zwar in der Person des hier wohnenden Chemigraphen Willi Schulz. Unter den Verhafteten befinden sich auch fünf Russen. Im Zusammenhang mit den Fälschungen sind weiterhin drei Bäckereien in verschiedenen Gegenden der Stadt geschlossen worden, da die Inhaber sich als unzuverlässig im Gewerbebetriebe erwiesen haben.

Der Sohn Jaurès gefallen. Der französische Kriegsminister hat der Witwe des Abgeordneten Jaurè jetzt amtlich mitteilen lassen, daß ihr Sohn Anfang Juni an der Spitze seiner Kompagnie gefallen ist.

Tod durch Gasvergiftung. In der tierärztlichen Anstalt der Universität München wurde der Assistent Bruno König mit seiner Braut, der Assistentin an der geologischen Station der Anstalt, Gertrud Dietl, infolge Gasvergiftung tot aufgefunden. Es scheint ein Unglücksfall vorzuliegen.

Butter im — Abort. Ein seltener Fund wurde in einem Zuge der Strecke Lissa-Glogau gemacht. In dem Abort eines Eisenbahnabteils fand man eine Büchse, die über 20 Pfund Butter enthielt. Der Besitzer der Butter, die beschlagnahmt wurde, konnte nicht ermittelt werden.

Verantwortlich für: Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Allerlei Karl Doch; Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Otto Nilsen; Anzeigen Hermann Schade. Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Saalezeitung Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191807 16-19/fragment/page=0003

Walhalla-Theater

Direktor u. Besitzer: Paul Blüthgen.

Jede Nummer zum ersten Male in Halle!

16.—31. Juli, 7/8 Uhr: **Neues** 16.—31. Juli, 8/8 Uhr:

Sensations-Programm!

Künstlerische Leitung: Direktor Joseph Miles.

? HELIA ?

Das Wunder des XX. Jahrhunderts.

Helia kennt Ihre Gedanken, Ihre Zukunft!
Helia enträtselt die geheimnissvollsten Vorgänge!
Helia löst somnambul unentwirrbare Rätsel!
Helia die lebende Sphinx kennt keine Geheimnisse!
Helia die Hellseherin ist ein Welträtsel!
Helia ist die hervorragende Filmschauspielerin!
Helia ist der grösste weibliche Detektiv!

Prüfe sie!

Das Auftreten Helias bildet ein gesellschaftliches Ereignis!

Maria Schafteur	Julius Fuerst	Lucia Ravello
Saltomortale an dem Drahtseil.	König der Equilibristik.	Prima-Ballerina.

8 Germanias 8

in neuen Darbietungen!

Willi Lilie	Lafayegette	Rose Buro
Derbeliebte Tanz-Komiker mit neuem Repertoir.	Gromplastische Farbenpracht!	Die Königin der Mode mit neuen Schlagern.

Frank Herms

Der slagende, springende August des Variétés!

Lachstürme ohne Ende!

Sonntag: 2 grosse Gala-Vorstellungen 2

1/4 4 Uhr, kleine Preise. 1/4 8 Uhr, gewöhnliche Preise.

Vorverkauf Wochentags von 10—1½ u. 4—6 Uhr. Sonntagskasse den ganzen Tag geöffnet.

— Gewöhnliche Preise! —

1311

Volkspark Burgstr. 27.

Morgen, Mittwoch, 17. Juli, nachmittag:

Verwundeten - Frei - Konzert.

1307 Die Geschäftsleitung.

Pfälzer Schießgraben.

Täglich: Großes Frei-Konzert

der gesamten Görlach'schen Kapelle.

Anfang abends 7½ Uhr. 1114

Neues Operetten-Programm.

Ergebenst ladet ein Karl Henkelmann.

Gute Glühstrümpfe, ersparen Gas!
Für Steh- und Hängelicht, Stück 95 Pfg., 12 Stück 10.75. 1223
Dauerwäsche-Vertrieb, Kleiner Berlin 2, 1 Treppe rechts. Ecke Sternstrasse.

A. D. Webers gesammelte Satiren.
Band I und II, geb. je 4.50 Mk.
Band III beschlagnahmt.
Broschürt je 3 Mk.

Froh und Froh	2.50 M.
Satir lacht	2.50 „
Mit verhängten Zügeln (Volksausgabe)	2.50 M.
Berlin und der Berliner	1.10 „
Durch die Lupe	1.10 „
Die Lästerallee	1.00 „
Mehr Licht	1.10 „
Ohne Feigenblatt	1.20 „
Frech und Froh	1.20 „
Satir lacht	1.20 „
Nicht für Jeden	1.20 „
Lustiges Zeit aus'n Saalkreise	0.60 „

Zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung,** Halle, Harz 42/44.

100 Postkarten 2, 3, 4 M. Blum.-, Kopf-, Landsch.-, Kunst-, Liebesk. usw. 5 M., Prachtsort. 7.50 M. P. Wagenknecht Verlag, Leipzig.

Möbel-Transporte sowie Speditionsfuhren führt sachgemäß aus 1128 Albert Ackermann, Thomasiusstraße 15. Tel. 5643.

Wohnungs-Anzeigen

Anständige, ruhige Leute suchen Wohnung gegen Uebernahme als Hausmannsposten zum 1. Oktober, auch später. Um Nachricht zu erhalten: Adr. bei Frau Max Schulze, Bitterfeld, Röhrenstraße, 1 Tr., rechts. *696

Ablieferung von Einrichtungs-Gegenständen.

Zur Ablieferung der Einrichtungs-Gegenstände halten wir unsere Sammelstelle Turnhalle am Roßplatz vom 1. August ds. Js. ab bis auf weiteres geöffnet. Dienststunden: Werktags 9 bis 3 Uhr, Sonnabends 9 bis 12 Uhr. Diejenigen, welche beschlagnahmte und enteignete Gegenstände besitzen, werden hiermit aufgefordert, die Ablieferung an dem Tage zu bewirken, welcher in unserem, durch die Brotmarken-Ausgabestellen zur Aushändigung gelangenden Schreiben festgesetzt ist. Es empfiehlt sich, rechtzeitig und nicht bei Schluß der Sammelstelle die Gegenstände abzuliefern, da sonst auf eine schnelle Abfertigung des Publikums nicht zu rechnen ist. Wer von der Behörde Ersatz der Türklinken und Fensterverschlüsse beansprucht und dies seinerzeit in der Meldung zum Ausdruck gebracht hat, liefert die vorbezeichneten Gegenstände erst nach erfolgtem Ausbau ab.

Diejenigen, welche mit den festgesetzten Preisen nicht einverstanden sind, haben dies bei der Ablieferung der beschlagnahmten Gegenstände zu erklären und erhalten dann statt eines Anerkenntnisscheines eine zur Inanspruchnahme des Schiedsgerichts berechtigende Quittung.

Beschläge (Eisen-, Holzteile u. s. w.) sind von den beschlagnahmten Gegenständen möglichst zu entfernen.

Halle, den 13. Juli 1918. Der Magistrat.

Amtliche Bekanntmachungen.

45 Gramm Butter.

Auf Grund der Verordnung des Magistrats vom 13. Januar 1916 wird die Verteilung der Butter in der Woche vom 15. bis 21. Juli (29. Woche) wie folgt geregelt:

Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen 45 Gramm Butter. Die abzugebende Menge richtet sich nach der Zahl der auf der Fettkarte verzeichneten Haushaltungsangehörigen. Der Verkauf erfolgt vom Donnerstag den 18. Juli bis Sonnabend den 20. Juli 1918 auf Grund des Abschnittes 29 der Fettkarte. Die Verkäufer haben den vorbezeichneten Abschnitt abzutrennen und dieselben gebündelt dem Stadternährungsamt am Montag den 22. Juli 1918 abzuliefern.

Militärurlauber erhalten Butter auf Grund von Butterscheinen nur auf dem städtischen Markt in der Talamtschule.

Halle, den 16. Juli 1918. Der Magistrat.

Die Kartoffelmenge, welche in der Woche vom 15. bis 21. Juli auf den Kopf der Bevölkerung entfällt, wird mit 4 Pfund festgesetzt.

Der Verkauf geschieht durch die Händler gegen Abgabe der Marke 1 der neuen graugrünen Kartoffelkarte; er beginnt am Mittwoch, den 17. Juli.

Die Händler haben den Verkauf den bestehenden Vorschriften gemäß in die Kartoffelausweiskarte einzutragen und die abgetrennten Abschnitte 1 der Kartoffelkarte gebündelt bis Dienstag, den 23. Juli, dem Stadternährungsamt vorzulegen.

Auf dem städtischen Markte (Talamtschule) werden Kartoffeln nicht verkauft.

Die Abschnitte 15 und 16 der bisherigen (violetten) Kartoffelkarte werden für ungültig erklärt; auf sie dürfen Kartoffeln nicht abgegeben werden.

Halle, den 16. Juli 1918. Der Magistrat.

Verkauf von Mager- oder Buttermilch.

Am Mittwoch, den 17. Juli cr., von nachmittags 2 Uhr ab, erfolgt der Verkauf von Mager- oder Buttermilch auf den Abschnitt 10 des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse an folgenden Stellen: Milchhändler Brockhaus, Ludwigstraße 26, Milchhändler Krebs, Lerchenfeldstraße 22, und Milchhändler Wetzel, Kellnerstraße 8.

Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der neuen Lebensmittelscheine mit den Nummern 12 001—16 500.

Eine spätere Belieferung der aufgerufenen Nummern findet von jetzt ab nicht mehr statt. Die zum Einkauf nicht benutzten Abschnitte des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse haben ihre Gültigkeit verloren.

Für jedes Kind vom vollendeten 6. bis 12. Lebensjahre wird ¼ Liter Mager- oder Buttermilch zum Preise von 12 Pfennigen abgegeben.

Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Halle, 16. Juli 1918. Der Magistrat.

Städtischer Verkauf von Kaffee-Ersatz in der Talamtschule am Mittwoch den 17. Juli 1918.

Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 16 001—23 000 vorm. von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 23 001—31 000 nachmittags von 2—6 Uhr.

Für jede Person eines Haushaltes kann ¼ Pfund zum Preise von 3.00 Mark für das Pfund abgegeben werden.

Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man abgezähltes Geld bereithalten.

Halle, den 16. Juli 1918. Der Magistrat.

Städtischer Eier- und Talgverkauf

in der Talamtschule am Mittwoch, 17. Juli 1918. Zum Kaufe berechtigt sind die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 17 001—17 500 nur vormittags von 8—12 Uhr. Für den Kopf eines Haushaltes werden ein Ei zum Preise von 33 Pfennigen und 55 Gramm Talg zum Preise von 25 Pfennigen abgegeben.

Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man abgezähltes Geld (vor allem Kupfergeld) bereithalten.

Umtausch für Eier nur innerhalb drei Tagen.

Halle, den 16. Juli 1918. Der Magistrat.

Verkauf von Quark.

Am Mittwoch, den 17. Juli 1918, erfolgt der Verkauf von Quark auf den Abschnitt 9 des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse an die Inhaber der neuen Lebensmittelscheine mit den Nummern 69 001—71 000 an folgender Stelle: Kaufmann Otto Brand, Trotbaerstraße 58.

Eine spätere Belieferung der aufgerufenen Nummern findet von jetzt ab nicht mehr statt. Die zum Einkauf nicht benutzten Abschnitte des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse haben ihre Gültigkeit verloren.

Für jedes Kind vom vollendeten 6.—12. Lebensjahre wird ½ Pfd. Quark auf den obenbezeichneten Abschnitt zum Preise von 37 Pf. abgegeben. Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten. Gefäße sind unbedingt mitzubringen.

Halle, den 16. Juli 1918. Der Magistrat.

Verkauf von städtischen Kirschen in der Talamtschule, am Mittwoch, 17. Juli.

Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 53 000—51 501. Der Verkauf findet nur in den Vormittagsstunden von 8—12 Uhr statt. Für den Kopf eines Haushaltes wird ein Pfund Kirschen zum Preise von 70 Pfg. abgegeben. Der Verkauf erfolgt nur gegen Abgabe des Abschnittes 206 des Warenbezugsscheines Nr. 17.

Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Halle, den 16. Juli 1918. Der Magistrat.

Gemäß den von der Provinzialstelle für Gemüse und Obst in Magdeburg festgesetzten Erzeuger- und Großhandelspreisen (Höchstpreisen) für Gemüse und Obst, welche vom 16. Juli bis. Js. ab gelten, werden die Kleinhandelspreise vom gleichen Tage ab für nachstehende Gemüse- und Obstsorten wie folgt für das Pfund festgesetzt:

	für Erzeuger:	für Großhändler:	für Kleinhändler:
Erbsen	35 Pfg.	46 Pf.	60 Pf.
Wachs-Perlbohnen	50 „	62 „	80 „
Längliche Karotten mit Kraut	18 „	24 „	32 „
Längliche Karotten ohne Kraut	28 „	36 „	47 „
Runde Karotten mit Kraut	26 „	33 „	44 „
Runde Karotten ohne Kraut	38 „	45 „	60 „
Mairüben ohne Kraut	7 „	11 „	16 „
Kohlrabi mit jungem Kraut	25 „	30 „	40 „
Frühweiß-Wirsingkohl	20 „	26 „	35 „
Frührotkohl	26 „	32 „	43 „
Frühzwiebeln mit Kraut	20 „	26 „	35 „
Frühzwiebeln ohne Kraut	30 „	37 „	48 „
Tomaten	100 „	130 „	160 „
Johannisbeeren	50 „	60 „	80 „
Johannisbeeren, schwarze	60 „	70 „	95 „
Blaubeeren	55 „	75 „	95 „
Preißelbeeren	65 „	85 „	110 „
Frühpflaumen	50 „	70 „	95 „
Hauspflaumen	30 „	40 „	55 „
Frühbirnen	30 „	40 „	55 „
Frühtafeläpfel	35 „	45 „	60 „
Falläpfel und Fallbirnen	15 „	20 „	28 „

Die übrigen Preise bleiben unverändert.

Halle, 15. Juli 1918. Der Magistrat.

Aufsichts-Postkarten empfiehlt Die Volksbuchhandlung.

Apollo-Theater.

Nur noch wenige Aufführungen!

Abends 8/8 Uhr:

Die tolle Komtess.

Operette in 3 Akten von R. Bernauer und R. Schanzer. Musik von Walter Kollo.

Täglich vollbesetzte Häuser!

Vorverkauf 8 Tage voraus, täglich 9—1 u. 5—½7 Uhr im Bureau.

Kaffee Knäusel

Eigene Konditorei. Kaffee Knäusel. Täglich Frei-Konzert.

1509 Rannischestr. 7 · Telefon A170

Vereins-Anzeiger

zur Veröffentlichung periodisch wiederkehrender

Veranstaltungen

der geselligen, politischen und wirtschaftlichen Vereine im Verbreitungsbezirk.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag. Jahresbeitrag 5 Mark jede Zeile.

Halle (Saale).

Arbeiter-Sänger-Chor.
Donnerstag, den 18. Juli, pünktlich abends 8½ Uhr, im Volkspark:
Singestunde.

Frauen- u. Mädchenchor. Jeden Mittwoch um 8½ Uhr im Volkspark: Singestunde.

Turnverein „Fichte"
Turnstunden: Turnhalle Ober-Realschule, Eing. Staudtestraße. Männer-Abteilung: Dienstag und Freitag, abends 8—10 Uhr. Turnerinnen-Abteilung: Mittwoch, abends 8—10 Uhr. Sonntags von 8—11 Uhr: Volkstümliches Turnen und Spiel auf dem Sandanger.
Sonntag den 21. Juli: Tagestour nach dem Kyffhäuser. Abfahrt: früh 8.44 vom Hauptbahnhof. Sonnabend den 27. Juli, abds. 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Touristen-Ver. „Naturfreunde."
Mittwoch, den 17. Juli: Zusammenkunft im Gewerkschaftshaus.
Sonntag den 21. Juli: Treffen auf dem Spielberge.

*697 **Bad Wittekind**
Mittwoch, den 17. Juli 1918, abends 8 Uhr:
Militär-Konzert,
ausgeführt vom gesamten, aus dem Felde beurlaubten aktiven Trompeterkorps des Thüring. Husaren-Regiments No. 12.
Leitung: Vize-Wachtmeister A. Pfaltz.
Eintrittspreise: Erwachsene 35 ₰. Kinder 20 ₰.
Dauerkarten haben Gültigkeit

*698 **Zoo.**
Mittwoch, 17. Juli 1918, nachmittags 3½ Uhr:
Militär-Konzert
ausgeführt vom gesamten aus dem Felde beurlaubten, aktiv. Trompeterkorps des Thüring. Husaren-Regiments Nr. 12.
Leitung: Vize-Wachtmeister A. Pfaltz.
Eintrittspreise: Erwachsene 50 Pf., Kinder 20 Pf. Militär ohne Dienstgrad zahlt vormittags 10 Pf., nachm. 20 Pf.

Danksagung.

Für uns anläßlich unserer **silbernen Hochzeit** dargebrachten reichen Geschenke sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten nochmals unseren 1308 herzlichsten Dank.

Fritz Voigt und Frau.

Arbeitsmarkt

Maurer und Bauarbeiter gesucht. *692
Schönemann & Schwarz, Turmstr. 5.

Für unser Werk **Würgendorf,** Bahnstrecke Köln-Giessen, werden zum **sofortigen Eintritt**

200 Mädchen über 18 Jahre

und

200 kräftige Arbeiter

gesucht. *639

Sprengstoff-Fabriken Hoppecke Akt.-Ges., Würgendorf, Kreis Siegen.

Wir suchen für unseren Betrieb

ungelernte Arbeiter und Platz-Arbeiter, auch Arbeiterinnen in größerer Zahl, ferner

Dreher, Schlosser, Lokomotivführer, Rangierer, Heizer, Rottenführer und Rottenarbeiter.

Arbeiterannahmestelle Pulverfabrik Premnitz, Rathenow, Bahnhofstraße 22. *596

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191801 6-19/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 16. Juli 1918.

Weshalb die Butterration so gering ist.

Es ist noch nicht allzu lange her, da wurde in der Presse lebhaft diskutiert über die Unzulänglichkeiten unserer Speisefettversorgung. Von schwerständiger Seite wurde behauptet, die Butterration könnte überall zumindest auf die doppelte Menge erhöht werden, wenn es gelänge, den ausgedehnten Schleichhandel unmöglich zu machen oder doch wenigstens erheblich einzudämmen. Daß in dieser Richtung von den Behörden gestrebt werden sollte, müßte auch von solchen Leuten anerkannt werden, die so bescheiden sind, mit allem zufrieden zu sein, was die Rationierung bringt — vermutlich, weil sie sich nach auf dem Wege des Schleichhandels versorgen können und Not trotz kleiner Rationen nicht zu leiden brauchen.

Wie schlimm auf dem Lande noch gegen die Vorschriften gesündigt wird, wie wenig sich manche Bauern als Kuhhalter an das Verbot des privaten Butterns und des Butterverkaufs halten, das zeigt ein Blick in die Provinzpresse. In reichlich acht Tagen konnten wir die folgenden Notizen als Beweismaterial gegen den Schleichhandel mit Butter zurücklegen.

Das Torgauer Kreisblatt berichtete:

Bloßig, 3. Juli. Beim Hamstern erwischt wurde hier am Freitag voriger Woche ein Unteroffizier. 18 Stück Butter konnten ihm, wie man berichtet, abgenommen werden. Der Mann führte Waren (Lederstückenusw.) bei sich, welche er jedenfalls zu seinem Tauschhandel benutzte.

Vorm Schöffengericht Liebenwerda wurde in voriger Woche folgende Strafsache verhandelt:

Dem Wirtschaftsbesitzer J. B. in Cröbeln waren durch Strafbefehl vier Wochen Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe auferlegt worden, weil er sich des gewerbsmäßigen Schleichhandels in Lebensmitteln verdächtig gemacht hatte. 27 Stückchen Butter und 110 Eier, die er nach Dresden bringen wollte, waren bei ihm vorgefunden und beschlagnahmt worden. B. bestreitet entschieden den Vorwurf des Schleichhandels; er will die Lebensmittel in uneigennütziger Weise seinen früheren Dresdener Arbeitskollegen zugedacht haben. Das Gericht konnte ihn des gewerbsmäßigen Schleichhandels nicht überführen; es erkannte wegen unrechtmäßigen Erwerbs und verbotener Ausfuhr von Lebensmitteln auf eine Geldstrafe von 150 Mark oder einen Tage Gefängnis für je 5 Mark.

In seiner letzten Nummer muß das Liebenwerdaer Kreisblatt aus Falkenberg berichten:

Revisionen gehören mit zu einem geordneten Geschäftsbetrieb und haben nichts Verfängliches an sich. Nur bei Unredlichkeiten sind sie sehr unwillkommen, decken sie doch manchen Kniff auf, durch den Betrügereien verschleiert werden. Auch die mangelhafte Milchablieferung der Erzeuger machte wiederholte Revisionen nötig. Die Kühe scheinen, nach der Milchablieferung zu urteilen, bei vielen Besitzern auch in unserem Kreise geradezu zu streiken. Einem so knappen Ablieferer in Marxdorf mußte vor einigen Tagen der Milchrevisor etwas auf den Zahn fühlen. Er merkte bald, daß hier nicht alles stimme und so mußte aus der Revision eine Haussuchung werden. Pflichtgemäß wurde in Küche und Keller Umschau gehalten, und nicht vergeblich: Milch, Sahne und Butter fand sich in unerlaubter Menge vor. Nebenbei wurde auch gehacktes Fleisch, frisch eingesalzenes Schweinefleisch usw. vorgefunden, das von einer heimlichen Schlachtung herrührte. Dieser doppelte Betrug wird nun auch doppelte Strafe kosten.

So wie in unserer Gegend geht es überall. Es gibt auch eine große Zahl von Landwirten, die in allem Betracht ihr Sucht nach größerem Verdienst über das Wohl der Bevölkerung stellen. Aus dem Thüringer Lande wurde heute berichtet:

Lichtenfels, 14. Juli. Zugbeamte der Werrabahn wurden dabei betroffen, als sie von hier aus 26½ Pfund Butter, 22½ Pfund Rinderfett und 26½ Pfund geräuchertes Schweinefleisch verbotswidrig mit nach Eisenach ausführen wollten. Die angeblich von einem Unbekannten stammende Hamsterware wurde beschlagnahmt.

Man sieht: es sind erhebliche Mengen Butter, die in den gemeldeten Fällen als Schleichhandelsware festgestellt wurden. Denn wenn ein Soldat 18 Stücke Butter gegen Leder eintauscht oder von Lichtenfels aus gar ein viertel Zentner Butter nach der Kur- und Fremdenstadt Eisenach geschafft werden soll, dann handelt es sich nur um Ware, die zu übermäßig hohen Preisen in den Handel gebracht wird und nur von zahlungsfähigen Leuten gekauft werden kann. Die mangelhafte Fettversorgung aber resultiert aus dem weit verbreiteten Schleichhandel; nicht nur das; auch die fleischlosen Wochen werden uns bescheert, weil das Milchvieh geschont werden soll, auch dasjenige, von dessen Produkten derjenige nichts sieht, der nach den Vorschriften lebt.

Es liegt auf der Hand, daß wir angesichts des auch in unserer Gegend weit verbreiteten Butter-Schleichhandels von neuem die Forderung erheben müssen, daß die Behörden nachdrücklichst die Interessen der Verbraucher gegen uneigennützige Profitsucht schützen müssen.

Eine wertvolle Entscheidung.

In minderbemittelten Verbraucherkreisen wird schon seit geraumer Zeit mit Recht bittere Klage darüber geführt, daß erkrankten Mitgliedern von Krankenkassen bei der Verschreibung von Milch eine ärztliche Gebühr von 2 bis 3 Mk. abverlangt wird. Die Krankenkassen lehnten bisher durchweg die Ersatzleistung ab. Jetzt ist die Sache nun endgültig durch das Reichsversicherungsamt entschieden worden. Ein Krankenkassenmitglied, dem von einem Arzt ein Liter Milch verschrieben war, und der für das Rezept eine ärztliche Gebühr von 3 Mk. bezahlen mußte, wandte sich zunächst um Rückerstattung des gezahlten Gelbes an die Krankenkasse. Diese lehnte aber sowohl die Rückerstattung als auch die Zahlung der verschriebenen Milch ab, mit der üblichen Begründung, daß die Milch nicht als Heil-, sondern als Stärkungsmittel zu betrachten sei. Das Versicherungsamt, als Beschwerdeinstanz trat der Entscheidung der Krankenkasse bei. Das Oberversicherungsamt dagegen, an das sich der Beschwerdeführer wandte, stellte sich auf den Standpunkt des letzteren und verwies die Sache zur Entscheidung an das Reichsversicherungsamt. Dieses entschied, daß die Milch als Heilmittel anzusehen sei und die Kasse nicht nur die Kosten des Heilmittels, sondern auch die ärztliche Gebühr von 3 Mk. zu tragen habe, da die Milch nicht ohne das ärztliche Attest zu erlangen war.

Damit ist glücklicherweise dieser Stein des Anstoßes endgültig beseitigt. Ueberall dort, wo die Krankenkassen noch den alten Standpunkt einnehmen, verweise man auf das vorliegende Urteil des Reichsversicherungsamtes. Im übrigen wird es Sache der Kassenmitglieder sein, sich die bisher zu unrecht gezahlten Gebühren von der Krankenkasse zurückzahlen zu lassen, wie es Sache der Krankenkassen ist, die Gebühren von den Aerzten zurückzuverlangen. Allerdings ohne Sträuben und Schereereien dürfte das nicht abgehen.

Keine Kleiderbeschlagnahme?

Der Verband Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig gibt Kenntnis von einer Antwort der Reichskleidungsstelle an die Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände, die gegen die angekündigten Zwangsmaßnahmen Verwahrung eingelegt hatte. Es heißt darin: Es ist nicht richtig,

1. daß die Reichskleidungsstelle gelegentlich dieser Sammlung als gesetzliches „Höchstmaß" an Männeroberkleidung zwei Anzüge (einen Sonntags- und einen Werktagsanzug) festgesetzt hat. Ein solches Verfahren würde mit den Absichten der Reichskleidungsstelle in Widerspruch stehen.

2. Von einer Enteignung vorhandener Bestände ist nirgends die Rede. Damit erledigt sich der dort gestellte Antrag auf Heraufsetzung des sogenannten „Höchstmaßes". Die im Gange befindliche Sammlung von Anzügen ist lediglich auf freiwillige Abgabe abgestellt. Diejenigen Personen, die entbehrliche Oberkleidung besitzen, sollen diese für die Zwecke der Heimarmee zur Verfügung stellen.

Da Zwangsmaßnahmen bisher überhaupt nicht beabsichtigt sind, können auch über das von dem dortigen Verbande vorgeschlagene Verfahren hinsichtlich der Befreiung bestimmter Kreise nach den Einkommensverhältnissen Erklärungen zurzeit nicht abgegeben werden.

Die Aufforderung zur Abgabe von Oberkleidern richtet sich auch an die Heeresangehörigen, soweit sie entbehrliche bürgerliche Kleidungsstücke besitzen; daß aber die Interessen der Kriegsteilnehmer von der Reichsbekleidungsstelle unbedingt gewahrt werden, ist selbstverständlich, zumal in den maßgebenden Ausschüssen das Kgl. Kriegsministerium vertreten ist.

Die Reichsbekleidungsstelle bittet, in den Kreisen der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände in dieser Hinsicht aufklärend und beruhigend zu wirken, zumal die Angriffe in der Presse irreführend und sachlich nicht gerechtfertigt waren.

* **Der städtische Heidelbeerenverkauf.** Vom Magistrat wird mitgeteilt: In einer kürzlich stattgefundenen Sitzung des Beamtenausschusses hat dessen Vorsitzender dem Magistrat den Vorwurf gemacht, daß dieser den Heidelbeerverkauf nicht ordnungsgemäß geregelt habe und erst eingeschritten sei, als nichts mehr zu verteilen gewesen sei. Diese durch die Tageszeitung verbreitete Behauptung ist unrichtig. Die Sachlage ist folgende: Der Magistrat hat den Verkauf der ihm nach langen Bemühungen überwiesenen Heidelbeeren den Händlern übertragen, die schon in Friedenszeiten vorwiegend damit gehandelt hatten. Der Verkauf sollte unter Aufsicht der Polizeiverwaltung auf dem Hallmarkt stattfinden. Da der Magistrat zunächst noch nicht wußte, welche Mengen ihm zugeteilt würden, konnte eine scharfe Rationierung zunächst nicht in Frage kommen. Denn eine solche hat bei kleinen Mengen keinen Sinn. Um wenigstens eine übermäßige Zuteilung an einzelne Personen zu hindern, wurde daher nur bestimmt, daß auf den Kopf des Haushalts nicht mehr als ein Pfund abgegeben werden dürfe. Zu diesem Zwecke war der Lebensmittelschein vorzulegen. Nachdem auf diese Weise drei Sendungen verteilt worden waren, wurde dem Magistrat mitgeteilt, wieviel Heidelbeeren ungefähr für Halle freigegeben werden würden. Auf dieser Grundlage wurde sofort zur Rationierung geschritten (Verkauf nach Nummern und auf Warenbezugsmarke) und es sind auf diese Weise bereits 12 Waggons (gegen drei vorher) verteilt worden. Die Verteilung wird fortgesetzt und hängt in ihrem Umfange von der weiteren Zuteilung durch die zuständige Provinzialstelle ab. Der öffentlich erhobene Vorwurf, das erst mit der Rationierung begonnen wäre, als nichts mehr zu verteilen war, ist also unberechtigt. Leider hat das Publikum die Verteilung dadurch sehr erschwert, daß zahlreiche Personen sich mit Hilfe gefälschter Lebensmittelscheine zum Verkauf drängten, ehe ihre Nummern aufgerufen waren, so daß die zum Kaufe berechtigten Haushaltungen teilweise leer ausgingen, auch der Andrang unnötig vergrößert wurde. Die Kontrolle ist daraufhin noch verschärft worden.

* **Die Frühkartoffeln der Ernte 1918 im Stadtbezirke Halle** sind laut Bekanntmachung des Magistrats beschlagnahmt. Die Ausfuhr solcher Kartoffeln aus Halle ist verboten. Von der Beschlagnahme werden die Kartoffeln solcher Anbauer nicht betroffen, welche insgesamt nicht mehr als 200 Quadratmeter mit Kartoffeln bebaut haben. Frühkartoffeln sind alle Kartoffeln, welche vor dem 15. September eingebracht werden. Kartoffelerzeuger dürfen von ihrer Ernte für sich und die Angehörigen ihres Haushaltes einschließlich des Gesindes nicht mehr als ein Pfund Kartoffeln täglich für den Kopf verbrauchen. Die Menge, welche jeweils geerntet wird, ist in die Wirtschaftskarte, welche die Erzeuger nach dem vom Magistrat festgesetzten Entwurfe zu führen verpflichtet sind, einzutragen, auch ist die geerntete Menge auf kürzestem Wege (durch Brief, Postkarte, mündlich) dem Stadternährungsamt, Abteil. II, anzuzeigen. Diese Stelle ist befugt, über die angezeigten Vorräte zu verfügen. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschrift werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen geahndet, auch können die Vorräte, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

* **Ausstellung Sparsame Baustoffe.** Unter Förderung des Kriegsamtes und des Reichswirtschaftsamtes veranstaltet der Reichsverband zur Förderung sparsamer Bauweise E. V. (Sitz Berlin W. 30, Motzstraße 8 II) in den Ausstellungshallen am Berliner Zoologischen Garten und auf angrenzendem Freigelände vom 2. November bis 8. Dezember d. J. eine Ausstellung, auf der diejenigen Baustoffe (und die darauf beruhenden Konstruktionen und Bauweisen) vereinigt werden sollen, mit denen die beste Bauwirtschaft in der Uebergangszeit zu erzielen ist. Die Vorschläge sollen unbeeinflußt von der Industrie selbst ausgehen. (Die Geschäftsstelle der Ausstellung befindet sich Berlin W. 9, Hardenbergstraße 29 a—c).

Der Millionen-Schwindler.

Ein Börsenroman von Hans Hyan.

23] (Nachdruck verboten.)

XIV.

Seit er die Wechsel des Grafen von Holleben in der Tasche trug, war Raoul Meier wieder in der denkbar besten Laune. Eben war er von der Börse gekommen und hatte sehr gut gespeist, da fiel ihm ein, was denn wohl inzwischen aus dem merkwürdigen kleinen Mädchen geworden wäre, das ihn in diese Duellaffäre verwickelt hatte.

Er war ihr gar nicht mehr böse. Was konnte die Kleine schließlich dafür, daß ihr Liebster ein solcher Oberlump war und daß er an seinem Tage die Idee gehabt hatte, sie schon des Vormittags zu besuchen!

Sie war doch sehr interessant gewesen . . . . Ob es denn so ganz unmöglich wäre, sie einmal wiederzusehen?

Julias Zofe, die ihn in seiner Wohnung aufgesucht, hatte ihm nicht viel Interessantes sagen können.

Sie war in der Hauptsache wohl nur gekommen, um das versprochene Trinkgeld zu erhalten. Im übrigen hatte er nur erfahren, daß der Graf von Holleben sein Liebchen schon am dritten Tage wieder aufgesucht und sich wahrscheinlich mit ihr versöhnt hatte.

In jedem Falle konnte er ja einmal versuchen, ihr zu schreiben . . . Oder noch besser, er schickte einen Boten mit einem Brief zu ihr und ließ um Antwort bitten. . . .

Sehr unternehmend und abenteuerlustig aufgelegt, setzte er sich sofort in eine Droschke und fuhr nach dem Viktoria-Luise-Platz. Dort ließ er den Wagen halten und schickte ein schon vorher geschriebenes Billett durch einen Dienstmann hinauf.

In dem Briefchen stand:

„Ein Bekannter, der Sie lange nicht gesehen und den Wunsch hat, wieder einmal gemütlich mit Ihnen zu plaudern, erwartet Sie in der Motzstraße vor dem Konfitürenladen. Wenn es Ihnen innerhalb einer halben Stunde möglich ist, dort zu sein, wird sich sehr freuen Ihr ergebener N. N."

Nachdem er diesen Brief hinaufgeschickt hatte, ließ er selbst seine Droschke in gemessener Entfernung von dem bezeichneten Platze halten und beobachtete gespannt den Ort des Rendezvous.

Das Wetter war ziemlich kühl, aber trocken; nach einiger Zeit erschien eine Dame in sehr elegantem, modefarbenen Frühlingsmantel mit prächtigen Seidenapplikationen auf dem breiten Kragen und einem jener modernen Hüte, die in tief fallender Wippenform das Gesicht beschatten.

Er erkannte sofort Julia Maier.

Nachdem er sich genau orientiert hatte, daß nicht noch jemand hinter ihr herkäme, der ihm wiederum unannehmlichkeiten bereiten könnte, ging er schnell auf das Mädchen zu, das eben entzückt umkehren wollte und sprach es an.

In Julias lieblichem Gesicht stieg die helle Röte empor, als sie plötzlich seine einschmeichelnde Stimme vernahm.

„Also sind Sie doch da?"

„Ja, ich werde Sie doch nicht umsonst bitten . . . Ich wollte mich nur überzeugen, daß nicht wieder irgend ein Kürassierleutnant in der Nähe ist."

Sie lachte lustig.

„Mein, der ist jetzt mit ganz anderen Dingen beschäftigt, ich weiß gar nicht, was der Graf hat, seit einigen Tagen ist er wie ausgewechselt. Ich habe ihn auch schon danach gefragt, was ihm denn fehlt, aber er sagt es mir nicht . . ."

Raoul Meier lächelte gedenkhaft.

„Ich könnte es Ihnen vielleicht verraten . . ."

„Sie haben ein Duell mit ihm?" fragte sie.

Der Bankier nickte nur.

Bedenklich meinte sie: „Mein Bräutigam soll sehr gut schießen!"

„Er wird doch nicht?" scherzte Raoul Meier.

Und sie erwiderte ebenso.

„Ja, es wäre wirklich schade um Sie!"

Raoul Meier machte eine gleichgültige Gebärde, als wollte er sagen, daß ihm daran nichts läge, aber aber, daß er an solch Affären schon gewohnt sei, dann fragte er:

„Erwarten Sie heute noch leinen Besuch?"

Sie schüttelte den Kopf.

„Nein, heute sicher nicht mehr."

Nachmittag ist er in Charlottenburg bei seinem Trainer . . . Sein Holiday ist doch genannt für das Osterrennen in Karlshorst, aber das wissen Sie wohl schon? Und er hält ja große Stücke auf das Pferd! . . .

„Na, hoffentlich glückt's ihm," erwiderte Raoul, „das würde seinen Finanzen gut tun!"

„Pfui, das müssen Sie nicht sagen! . . . Wer reich ist, soll nie über Leute scherzen, die nichts haben," sie verbesserte sich, „oder vielmehr aber jemand, dem momentan das Geld knapp ist . . ."

Raoul Meier überhörte diesen Vorwurf und sagte

„Na, wir wollen doch hier nicht auf der Straße stehen bleiben . . . Wenn es Ihnen recht ist, da drüben steht meine Droschke."

„Ja," rief sie fröhlich, „wir wollen 'n bißchen in den Grunewald hinausfahren."

Ohne jede Ziererei nahm sie in dem offenen Wagen neben ihm Platz und plauderte mit ihm so lebhaft und reizend, daß er durchaus nicht bereute, sie wieder aufgesucht zu haben.

Aber ein kleiner Tropfen Wermut fiel für ihn doch in diesen Freudenkelch. Wie die Droschke nämlich in den Kurfürstendamm einbog, kam eine andere ihm entgegen, in welcher ein Herr im hellgrauen Sommeranzug saß, mit rosigem Gesicht und einem Monokle im Auge, der ihm eine ungeheure Aehnlichkeit mit jemand zu haben schien, den er genau kannte.

Julia Maier wurde während der nächsten Minuten ganz ungehalten über die Zerstreutheit ihres Kavaliers, denn Raoul gehörte zu den Menschen, die eine derartige Aehnlichkeit nicht ruhen läßt und die nicht zufrieden sind, bis sie es heraus haben, an wen sie die betreffende Person erinnert.

Endlich verfiel er auf Stockmann; aber der ging doch nie anders wie schwarz gekleidet und hatte stets eine fast krankhafte blasse Gesichtsfarbe . . . Und trotzdem . . . Die Aehnlichkeit . . .

„Hören Sie mal, Direktorchen," sagte Julia, „wenn Sie nicht unterhaltsamer sind, dann steige ich aus! . . . Dazu ladet man doch eine Dame nicht ein, um sie nachher zu langweilen!"

„Sie haben ganz recht," erwiderte er, sich seinem Bruten mit Gewalt entreißend, „wir haben wirklich Besseres zu tun," und dabei legte er vorsichtig seinen Arm um ihre Taille und drückte sie einen Moment fest an sich.

„Wenn Sie das nicht sofort unterlassen, steige ich ebenfalls aus!" sagte sie bestimmt.

Er bemühte sich, ein Lächeln zu unterdrücken und reizte sie dadurch noch mehr.

Sie rief schon: „Kutscher," und war drauf und dran, ihn zu verlassen.

Da fiel ihm ein, daß er vormittag auf der Börse, wo oft derartige Schmucksachen zu erwerben sind, einen reizenden, kleinen Ring, der die Form eines aus Brillanten gebildeten Blümchens hatte, gekauft.

Er nahm das Etui aus seiner Westentasche und sagte:

„Lassen Sie mich doch dieses kleine Pflaster auf die Wunde legen, welche meine Unart Ihrem empfindsamen Herzen geschlagen hat . . . Und wenn Sie einmal beim Anblick dieses Ringes an Raoul Meier denken, so wird mich das sehr glücklich machen . . .

Sie freute sich sehr, steckte den Ring sofort an den Finger und fand, daß der Bankier zwar unartig, dafür aber wenigstens nobel war . . .

„Und das ist selten," setzte sie hinzu, „heutzutage, wirkliche Kavaliere findet man so gut wie gar nicht mehr."

„Und Ihr Bräutigam?" fragte er spöttisch.

Sie zuckte nur die Achseln.

„Also wollen wir im Jagdschloß Grunewald den Kaffee nehmen?" fragte er.

Sie nickte.

„Ja, das ist ein sehr angenehmer Aufenthalt, da bin ich gern!"

Sie fuhren hinaus durch den Grunewald, aus dessen Gründen sich der erste laue Duft des Frühlings erhob, wo in den Föhrenwipfeln die Drosseln und Finken ihre Lieder probierten. Und dann saßen sie im Kreise der eleganten Welt, die sich dort ein Rendezvous gibt, und tranken Kaffee.

Raoul Meier schmeichelte die Bewunderung, die seiner Dame galt, sehr. Er war einer von den Männern, denen es total gleichgültig war, ob man sie für gute oder schlechte Ehemänner hält, wenn nur die Augen aller auf ihn und seine Begleiterin gerichtet waren.

„Soupieren werden wir nachher in der Stadt," meinte er, und als sie zögerte, ihre Einwilligung zu geben, setzte er hinzu:

„O, ich weiß ein Lokal, das entzückende kleine Winkelchen hat, und das so abgelegen ist, daß man auch beim Hineinnehmen niemals gesehen wird."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180716-19/fragment/page=0005

* **Aus dem Magistrat.** Der Vorsitzende der Armendirektion, der Kriegsunterstützungskommission und der städtischen Kriegshinterbliebenenfürsorge, Herr Stadtrat Dr. Tepelmann, ist vom Urlaub zurückgekehrt und hat seine Amtsgeschäfte wieder übernommen.

* **Ehrung kinderreicher Mütter.** Eine besondere Ehrung hat die Stadt Melle kinderreichen Müttern zugedacht. Familien mit vier Kindern unter 15 Jahren mit einem Staatssteuersatze bis zu 26 Mark soll ein Kommunalsteuernachlaß von 50 v. H., für jedes weitere Kind nochmals 10 v. H., ferner eine Ermäßigung des monatlichen Gas- und Wasserpreises von 10 v. H. und der Anspruchnahme bei Grundstückskäufen um 50 v. H. gewährt werden. Soweit sie keine Kommunalsteuer zahlen, erhalten die betreffenden Familien eine einmalige Ehrengabe von 25 Mark, bei fünf Kindern von 50 Mark, für jedes weitere Kind von 5 Mark. Bedürftigen Kindern wird Gelegenheit zur weiteren kostenlosen Ausbildung gegeben; der Bezug von Schulheften, Schulbüchern und Schreibmitteln ist frei. Bei der beabsichtigten Kleinziehung und bei Abgabe von Wohnungen erhalten die kinderreichen Familien den Vorzug.

* **Die Läden pünktlich schließen.** Die Polizei warnt: Es ist besonders in letzter Zeit wahrgenommen worden, daß die Vorschriften über den Ladenschluß vielfach nicht die erforderliche Beachtung finden. Vorwiegend ist dies der Fall in Geschäftsstellen, in denen keine Gehilfen und Lehrlinge beschäftigt werden. Außer der Strafbarkeit enthält dieses Verhalten eine grobe Rücksichtslosigkeit gegen solche Gewerbetreibende, die sich die Befolgung der Vorschriften zur Aufgabe machen. Es werden daher zukünftig gegen jede Zuwiderhandlung dieser Art unnachsichtlich die gebotenen Maßnahmen getroffen werden.

* **Richtpreise für eingelegte Frühgurken.** Die Reichsstelle für Gemüse und Obst teilt im Einverständnis mit dem Kriegsernährungsamt die Preise mit, welche von den Einlegereien für eingelegte Frühgurken genommen werden dürfen. Die Preise sind nach den Ursprungsorten abgestuft. Wie im allgemeinen bei Gemüse und Obst der Erzeuger, so darf auch bei Frühgurken die Einlegerei die für Groß- oder Kleinhandel festgesetzten Preise nehmen, wenn sie dessen Aufgaben beim Absatz an Kleinhändler oder Verbraucher übernimmt. Die Kleinhandelspreise selbst betragen für 1 Stück für die Einlegereien in den Erzeugungsgebieten Lübbenau 0,25 Mk., Kalbe, Naumburg 0,24, Liegnitz, Großengottern 0,20, in allen anderen Erzeugungsgebieten außer Süddeutschland 0,22 Mark. Aus den Erzeugungsgebieten außerhalb derselben: Lübbenau 0,30 Mark, Kalbe, Naumburg 0,25, Liegnitz, Großengottern 0,23, aus allen anderen Erzeugungsgebieten außer Süddeutschland 0,25 Mk. Für die süddeutschen Einlegereien sind nach der Größe der Gurken unterschiedene Richtpreise festgesetzt. Ueberschreitungen der Preise sind nur in Ausnahmefällen unter Zustimmung der Reichsstelle für Gemüse und Obst zulässig.

* **Stadttheater.** Auf die heute stattfindende Vorstellung des Dreimädelhaus zugunsten der Unterstützungskassen des Deutschen Bühnenvereins und der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen sei nochmals hingewiesen.

* **Tödlicher Unglücksfall.** In der Nacht zum Sonntag geriet auf dem hiesigen Güterbahnhofe die Rangiererin K. zwischen die Puffer zweier Wagen. Sie wurde so schwer verletzt, daß der Tod alsbald eintrat. Die Leiche wurde der Leichenhalle zugeführt.

* **Vermißt** wird seit dem 20. Juni 1918 aus Halle der Arbeiter Friedrich Roth, 19. November 1852 in Wettin geboren. Er ist etwa 1.70 Meter groß, hat kurzgeschorenes, dichtes, dunkelblondes graugemischtes Haar und Schnurrbart, graue Augen, nur noch zwei Zähne im Unterkiefer, auf der linken Nasenseite kleine Warze, an der rechten Hand fehlt der Zeigefinger und war beim Fortgange bekleidet mit grauem, schwarzgestreiften Jackett, dunkelgrüner Weste und gleicher Hose mit geflickten Knien, grauer, schwarzkarierter Mütze und schwarzen halben Lederhausschuhen. Roth sollte wegen einer Bruchoperation ein Krankenhaus aufsuchen. Es erscheint deshalb nicht ausgeschlossen, daß er aus Furcht vor der Operation Selbstmord begangen hat. Angaben über den Verbleib des Roth erbittet die Kriminalpolizei in Halle zu AA 5105-18. Die Zeitungen der umliegenden Städte werden um Veröffentlichung dieser Notiz gebeten.

* **Felddiebstähle.** Gestern wurden sechs jugendliche Personen beim Mohrrübendiebstahl und zwei erwachsene und eine jugendliche Person beim unbefugten Betreten bestellter Aecker angetroffen. Ihre Namen sind festgestellt.

* **Ausgebrochen und wieder verhaftet.** In der vergangenen Nacht wurde ein aus einer Strafanstalt entwichener Strafgefangener in der Gr. Steinstraße beim versuchten Einbruchsdiebstahl überrascht und festgenommen.

Auf dem Markt Talamtschule ist ein Urlaubsschein liegen geblieben. Er kann bei der Marktkommission abgefordert werden.

Vereins- und Vergnügungsanzeigen.

Wallhalltheater. Heute beginnt ein vollständig neuer reiner Spezialitätenspielplan, zu dem alle engagierten Künstler bereits eingetroffen sind. Ein Ereignis wird das Auftreten Helias bilden. Helia hat bisher in jeder Stadt durch ihre unerreichbaren Leistungen namenloses Staunen hervorgerufen und sind diese Produktionen noch nie in Halle gezeigt worden. Der übrige überreiche Spielplan, der das Beste enthält, was Varieteekunst und Schönheit nebst gesundem Humor zu bieten vermag, geht aus dem Anzeigenteil dieses Blattes hervor.

Könnern. Unhaltbare Zustände hatten sich, wie man uns schreibt, Ende voriger Woche in unserer Lebensmittelversorgung herausgebildet. Obwohl wir mitten im Kartoffelanbaugebiet liegen und ganz in nächster Nähe Frühkartoffeln in erheblichen Mengen gerodet worden waren, war ein Teil unserer Bevölkerung am Sonnabend gänzlich ohne Kartoffeln. Es wurden nachträglich zwar Graupen ausgegeben, aber man ist doch unbehalten und sagt sich mit Recht, dafür hätte die Stadtverwaltung unbedingt Sorge tragen müssen, daß wenigstens zum Sonntag jede Familie ein paar Pfund Kartoffeln auf den Tisch bringen kann. Es geht nicht an, daß eine Behörde die Schuld immer auf die andere schiebt. Von Erklärungen wird man nicht satt.

---

17. Verbandstag der Schuhmacher.

Kr. Würzburg, 12. Juli.

Zum zweiten Male während des Krieges kamen die Vertreter des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands zu einem Verbandstag zusammen. Er wurde von 8. Juli bis heute in Würzburg in Anwesenheit von 28 Delegierten, Bezirksleitern und Verbandsmitgliedern abgehalten.

Im **Vorstandsbericht**, den Verbandsvorsitzender Simon erstattete, betonte dieser, der Vorstand habe in den beiden Berichtsjahren eine Fülle von Arbeit geleistet, wie selten in einer Geschäftsperiode. Der aufgebrachten Mühe entspreche aber auch der Erfolg. Der Abschluß der Reichstarifverträge für Militärschuhwerk und für Zivilschuhwerk habe große Arbeit beansprucht. Die Lohnerhöhung durch die Tarife betrage 10 bis 150 Prozent. Der Verband glaube, durch die Annahme des Tarifs den Kollegen einen großen Dienst erwiesen zu haben. Es müsse ersucht werden, das Erzielte auch für den Frieden hochzuhalten.

In der **Diskussion** über den Geschäftsbericht gingen die Redner fast nur auf die abgeschlossenen Reichstarife ein. Es wurde anerkannt, daß sie für einen großen Teil Kollegen Vorteile gebracht haben, aber auch betont, die Tarife brächten nicht das, was die Arbeiter haben müßten, die festgesetzten Löhne entsprächen nicht den heutigen Verhältnissen. In einzelnen Orten hätte man durch eine Separatbewegung mehr erreicht, nun sei man auf zwei Jahre gebunden. Der Kampfesgeist der Kollegen werde durch den Tarif geschwächt. Bedauert wurde, daß über die Gewährung von Ferien nichts vereinbart und daß keine Arbeitsverkürzung erreicht worden ist.

Im Schlußwort erklärte Simon, er wäre mit dem Reichstarif auch nicht zufrieden und erkenne die Klagen an. Die Löhne seien auch ihm zu niedrig. Der Tarif bedeute aber doch eine ungeheure Verbesserung und habe man ihm darum zustimmen müssen. Es sei doch zu bezweifeln, ob man ohne Tarif mehr erreicht hätte.

Der Verbandstag nahm dann einmütig zur

Tariffrage

eine Resolution an, die besagt, daß der Verbandstag die Bedeutung des Reichstarifs für Zivilschuhwerk für die gesamte Schuhindustrie voll und ganz anerkennt. Er erblickt in demselben eine geeignete Grundlage für die Zukunft, um die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen weiter zu vervollkommnen. Der Verbandstag verhehlt aber nicht zu erklären, daß die tariflichen Grundlöhne und Ortszuschläge den tatsächlichen Verhältnissen in vielen Fällen nicht entsprechen. Er bedauert, daß keine weitere Verkürzung der Arbeitszeit erreicht und die Ferienfrage keine Regelung erfahren hat. Der Verbandstag erwartet daher, daß bei einer Erneuerung des Vertrages die angegebenen Punkte besonders berücksichtigt werden.

Vorstand und Ausschuß wurden Entlastung erteilt.

Der Verbandstag trat hierauf in die Erörterung der Anträge ein, die die

Sperrung der Beiträge an die Generalkommission

verlangen. Damit verknüpft wurde die Stellungnahme zur Redaktion des Fachblattes. Zur Begründung der Anträge auf Sperrung der Beiträge wurde auf die allgemeine Kriegspolitik der Generalkommission, auf ihren Beitritt zum Bund für Freiheit und Vaterland, die Teilnahme an der Ludendorff-Spende und die Herausgabe des Flugblattes anläßlich des Berliner Streiks verwiesen. Nach den Begründungen der Anträge kamen mehrere Delegierte zum Wort, die die Anträge aufs schärfste bekämpften. Mit der Sperrung der Beiträge an die Generalkommission würde man der eignen Organisation den größten Schaden beifügen. Sei auch der Anschluß an den Bund für Freiheit und Vaterland ein Fehlgriff, so dürfe das aber nicht dazu führen, die Beiträge zu sperren. Die Haltung des Fachblattes erfuhr von diesen Rednern scharfe Kritik. Das Verbandsorgan sei kein gewerkschaftliches Blatt mehr, sondern eine politische Zeitung. Im Fachblatt müßten die Interessen der Gewerkschaften und nicht die einer Partei vertreten werden. Verbandsvorsitzender Simon sagte, er könne es verstehen, daß Anträge auf Sperrung der Beiträge gekommen sind; er könne sie aber nicht billigen und sei darum entschieden dagegen. Es werde die Zeit kommen, wo die Einigkeit und Geschlossenheit der Gewerkschaften eine zwingende Notwendigkeit sei, darum solle man sich nicht trennen. Bei den Kämpfen nach dem Krieg seien die Gewerkschaften mehr als je auseinander angewiesen. Die Politik der G.-K. verurteile er auf das entschiedenste.

Der Vertreter der Generalkommission Silberschmidt-Berlin verteidigte in längeren Ausführungen den Standpunkt der Generalkommission. Redakteur Bock-Gotha wies die Angriffe auf seine Redaktionsführung als nicht berechtigt zurück.

Nachdem fast zwei Tage über diesen Punkt diskutiert worden war, lehnte der Verbandstag mit 13 gegen 10 Stimmen den Antrag auf Sperrung der Beiträge an die Generalkommission ab. Gegen zwei Stimmen wurde eine Resolution Bock angenommen, in der gesagt wird:

„Die Gewerkschaften sind vor allem dazu berufen, den unmittelbaren Kampf gegen das Kapital zu führen. Es widerspricht den Grundsätzen der Demokratie und ist geeignet, Zerwürfnisse in die Organisation zu tragen, wenn einzelne Mitglieder, Vertreter von Mitgliederschaften oder Organisationsleitungen versuchen, die Gewerkschaften auf eine Politik zu verpflichten, die mit den anerkannten Grundsätzen in Widerspruch steht und die von der Mehrheit der Mitglieder nicht beschlossen worden ist. Werden solche Grundsätze mißachtet, dann tragen die Betreffenden Streitigkeiten in die Organisation, gefährden ihre Einheitlichkeit, ihre Schlagkraft und schädigen damit das Interesse des gesamten Proletariats."

Am vierten Verhandlungstag hielt Verbandsvorsitzender Simon-Nürnberg einen interessanten Vortrag über die

Uebergangswirtschaft vom Krieg zum Frieden.

Er gab ein Bild unseres heutigen Wirtschaftslebens und behandelte dann die Hauptgesichtspunkte, nach welchen sich die Stellung der Arbeiter zur Frage der Uebergangswirtschaft zu richten hat. Die Gestaltung der Friedenswirtschaft sei auch abhängig von der Art, in welcher der Frieden geschlossen werde. Redner stellte folgende Forderungen für die Gegenwart und für die Uebergangswirtschaft: Wiedereinführung der Arbeiterschutzgesetze und Erweiterung derselben, besserer Schutz der Frauenarbeit und der Jugendlichen, rechtliche Sicherung der Tarifverträge, reichsgesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenunterstützung, freiere Ausgestaltung des Koalitionsrechtes, Reform der Wohnungsfrage, Rationierung der Rohstoffe.

Das Ergebnis der

Statutenberatung

war, daß der Verbandstag zunächst mit 14 gegen 9 Stimmen beschloß, die Beiträge nicht nach dem Verdienst festzusetzen, mit 12 gegen 11 Stimmen bestimmte der Verbandstag, es bei drei Beitragsklassen zu belassen. Damit war der Vorschlag des Vorstandes hinsichtlich der Beiträge und der Unterstützungen gefallen. Der Verbandstag folgte dann bei der Festsetzung der Beiträge und der Unterstützungen Berliner Anträgen. Die Beiträge wurden auf 50 Pf. in der 1. Klasse, 70 Pf. in der 2. Klasse und auf 90 Pf. in der 3. Klasse (bisher 35, 50 und 65 Pf.) festgesetzt. Die Arbeitslosen- und Streikunterstützung wurde erhöht. Je nach der Dauer der Mitgliedschaft und der Beitragsklasse beträgt die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit 50 Pf. bis 2.50 Mk. pro Tag auf die Dauer von 24 bis 40 Tagen und im Streik 2 bis 3.50 Mk. pro Tag. Die Krankenunterstützung bleibt in der 3. Klasse wie bisher; sie wurde besonders in der 2. Klasse erhöht. Diese Unterstützung beträgt 40 Pf. bis 1.10 Mk. pro Tag. Die Reiseunterstützung wird in der gleichen Höhe gewährt wie die Arbeitslosenunterstützung. Umzugs- und Sterbeunterstützung bleiben wie bisher.

Bei Festsetzung der Aufnahmegebühren wurde ein Antrag des Vorstandes auf Erhebung von 1 Mk. in der 2. und 3. Klasse abgelehnt und bestimmt, daß die Gebühr in allen Klassen 50 Pfennig beträgt. Die örtliche Verwaltungen erhalten von den Beiträgen zur Befreiung der örtlichen Unkosten 7,10 und 13 Pf. (bisher 6,9 und 12 Pf.).

Ein Antrag, über die Beitragserhöhung eine Urabstimmung vorzunehmen, wurde gegen 4 Stimmen abgelehnt. Die neuen Beiträge treten am 1. Oktober dieses Jahres, die erhöhten Unterstützungen am 1. Oktober 1919 in Kraft.

Ein Antrag, daß künftig ein unbesoldetes Vorstandsmitglied an dem Verbandstag mit beratender Stimme teilnehmen soll, fand nicht die Mehrheit des Verbandstages.

Der Verbandstag regelte dann noch die Gehalts- und Pensionsverhältnisse der Angestellten. Den Angestellten, die ab 1. Januar d. J. eine Teuerungszulage von 120 Mark erhielten, bekommen ab 1. Juli eine solche von 150 Mk. im Monat. Bei der Wahl des Vorstandes wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder einstimmig wiedergewählt, ebenso der Ausschußvorsitzende und der Redakteur.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages beendet.

Versammlungsberichte.

Deutscher Transportarbeiter-Verband Halle (Saale). In der am Sonntag, den 14. Juli, im Volkspark abgehaltenen Vierteljahrs-Versammlung wurde der Geschäftsbericht für das 2. Quartal gegeben. Aus demselben ging hervor, daß die Mitgliederzahl leider wieder um 24 gesunken ist, was hauptsächlich auf die abermaligen vielen Einberufungen zum Heeresdienst zurückzuführen sei. Neuaufnahmen und andere Zugänge waren 48 zu verzeichnen. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Juli noch 670. Die Einnahme ergab die Summe von 7852,84 Mk. und die Ausgabe 5852,34 Mk. Auf einen vorliegenden Antrag hin wurde beschlossen, den bisher während der Kriegszeit geführten Notstandsfonds aufzuheben. Die Gesamteinnahmen bei diesem betrugen 3966,75 Mk. und die Ausgaben in 498 Unterstützungsfällen 3222 Mk. Der Bestand in Höhe von 794,75 Mark wird der Lokalkasse überwiesen. Unter anderem wurde dann die jetzt vorherrschende Interesselosigkeit der hiesigen Mitglieder bemängelt und um regeren Versammlungsbesuch, sowie um tatkräftige Mitarbeit bei der Agitation im allgemeinen ersucht.

Die Hallischen Gewerkschaften in der Kriegszeit.

Das Gewerkschaftskartell Halle nimmt nach Ablauf jedes Vierteljahres eine Erhebung über die Mitgliederbestände, der ihm angeschlossenen, einzelnen Gewerkschafts-Organisationen vor. Die letzte Umfrage von Ende Juni 1918 hatte folgendes Ergebnis:

Gewerkschaft	Zum Heeresdienst einberufen		Arbeitslos			Zahl der noch vorhandenen Mitglieder überhaupt		
	zusammen	davon verheiratet	männliche	weibliche u. jugendliche	zusammen	männliche	weibliche u. jugendliche	zusammen
Bäcker u. Konditoren	230	127	—	—	—	100	33	133
Bauarbeiter	1548	1155	—	—	—	711	—	711
Bergarbeiter	62	31	—	—	—	68	—	68
Bilbhauer	14	7	—	—	—	2	—	2
Böttcher	27	24	—	—	—	26	—	26
Brauer u. Mälzer	304	259	6	16	22	194	87	281
Buchbinder	65	34	—	—	—	26	30	56
Buchdrucker	484	248	4	—	4	235	—	235
Buchdr.-Hilfsarbeiter	20	9	—	—	—	9	64	73
Bureaugesellte	32	12	—	—	—	35	23	58
Chorsänger	—	—	—	—	—	10	20	30
Dachdecker	33	23	—	—	—	26	—	26
Eisenbahner	18	5	—	—	—	60	11	71
Fabrikarbeiter	1701	1150	—	1	1	757	88	845
Fleischer	13	11	—	—	—	11	—	11
Gastwirtsgehilfen	78	47	—	—	—	28	14	42
Gemeindearbeiter	132	106	1	—	1	129	23	152
Glaser	107	68	—	—	—	17	—	17
Handlungsgehilfen	87	50	—	2	2	54	102	156
Hausangestellte	—	—	—	—	—	—	10	10
Holzarbeiter	692	375	—	—	—	400	61	461
Kupferschmiede	38	20	—	—	—	66	—	66
Landarbeiter	18	18	—	—	—	15	4	19
Lithograph. u. Steindr.	63	30	1	—	1	13	1	14
Maler und Lackierer	338	156	—	—	—	70	—	70
Maschinisten u. Heizer	67	63	—	—	—	54	—	54
Metallarbeiter	4427	2497	—	1	1	1407	322	1729
Porzellanarbeiter	12	6	—	—	—	4	4	8
Sattler	85	42	—	—	—	69	55	124
Schneider	188	115	—	—	—	116	75	191
Schuhmacher	41	30	—	—	—	15	—	15
Steinarbeiter	30	14	—	—	—	11	—	11
Steinsetzer	104	69	—	—	—	40	—	40
Tabakarbeiter	10	7	1	3	4	18	17	35
Tapezierer	113	50	—	—	—	13	—	13
Transportarbeiter	1498	999	—	2	2	468	202	670
Töpfer	27	20	—	—	—	12	—	12
Zimmerer	218	122	—	—	—	114	—	114
Zusammen	12924	7999	13	25	38	5403	1246	6649

Gegenüber der letzten Zählung von Ende März 1918 hat die Zahl der zum Heeresdienst Einberufenen eine weitere Zunahme erfahren, die Zahl der noch vorhandenen Mitglieder eine weitere Abnahme, und zwar um 140. Der Rückgang verteilt sich auf fast alle Gewerkschaften. Bei den Metallarbeitern beträgt er allein rund 140, Transportarbeitern 26, Holzarbeitern 13 usw. Um wenige Mitglieder zugenommen haben die Bauarbeiter, Schneider, Maler usw.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Mittwoch, den 17. Juli: Zeitweise wolkig, warm, Gewitterneigung.

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Im Hause der Gewerkschaften, Harz 42/44, Zimmer 5 bis 7.

Sprechstunden nur wochentags von 11—1 Uhr und abends von 5—8 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen.

Keine Wanze mehr für Mk. 2.— nur mit Kammerjäger Bergs Nicodasal I. u. II. zu erzielen. Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung. Erfolg überräschend. Kinderleicht anzuwenden. Ges. geschl. Doppelpackung M. 2.—, ausreich. f. 1—3 Zimmer u. Betten. Zu haben bei Karl Kuhnt, Grosse Ulrichstr. 51. — Bei Einsendung von M. 2.40 oder Postscheckkonto Berlin 31 286, portofreie Zusendg. nach auswärts durch Gen.-Vertr. Hermann A. Groesel, Berlin SW. 11, Königgrätzerstrasse 49. *638

Praktischer Wegweiser
empfehlenswerter Einkaufsquellen

Bitterfeld
K. Richter, Kaiserstr. 1a Uhren, Goldwaren, Optik Reparaturwerkstatt.
A. Röbel Kolonialwaren Innere Bismarckst. 40
Oswald Bucher, Kaiserstr. 8 Schlosserei, Schlosser Stahlwaren.
C. Trabitzsch Cigarr., Cigarett. Kaiserstr. 88.

Mansfeld
Th. Ebert Mechaniker, Optiker

Wittenberg
Aug. Linke Hüte Mützen, Pelz- u. Filzwaren.

Hettstedt
S. Rosenberg Konfektion und Manufakturwaren

Torgau
Kolonial- und Eisenwaren Farben und Bürsten kauft man sehr gheeig bei Herm. Leibnitz

Eisleben
Eisleber Aktienbierbrauerei Eisleben empfiehlt ihre ff. Biere und alkoholfreien Getränke.

Delitzsch
E. Preller, Manufakturwaren.
M. Kiesefer Kinderwag. Korbwaren

Handarbeit
in verschiedenen Grössen empfiehlt preiswert 1286
Friedrich Gronau, Barfüsserstrasse 16.

Alte, abgespielte, auch zerbrochene
Grammophon-Platten und Phonographen-Walzen
kauft zu höchsten Preisen ohne Gegenkauf 1257
Gustav Uhlig, Uhren und Musikwerke, Untere Leipzigerstr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191807 16-19/fragment/page=0006